



Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2016

Dokumentation

Verleihung an Christian Teichmann

Freitag, 2. Dezember 2016

Rathaus Bremen, Obere Rathaushalle



SINE RESPECTU

RA REO

Human Rights Foundation

Inhalt

Begrüßung Antonia Grunenberg

Begründung der Jury Karol Sauerland

Für die Preisgeber Staatsrat Jan Fries
für die Freie Hansestadt Bremen

Peter Siller für die Heinrich Böll Stiftung

Vortrag Christian Teichmann

Laudatio Anatoli Mikhailov
Europäisch-Humanistische Universität,
Vilnius

Das Kolloquium Samstag, 3. Dezember 2016
Das Podiumsgespräch
„Gesichter der totalen Herrschaft“
mit Christian Teichmann, Anatoli Mikhailov,
Antonia Grunenberg und Gerd Koenen

Begrüßung Antonia Grunenberg



Meine Damen und Herren,

in fast allen Ländern der westlichen Welt erfahren wir gegenwärtig eine tektonische Verschiebung der politischen Landschaften: Volksparteien verlieren ihre Stammwähler. Nationalistischer Populismus keimt auf. Das Repräsentationsprinzip wird in Frage gestellt. Ansprüche auf plebiszitäre Herrschaft werden via Wahlzettel und digitalem Shitstorm geltend gemacht. Der Souverän manifestiert sich sichtbar und unsichtbar, im digitalen Netz und auf der Straße als Generalkritiker der parlamentarischen Ordnung, das er „System“ nennt. Ein Typus von Politiker kommt auf, der sich als Rächer der Beleidigten geriert. Anführer dieser Art bedienen sich einer totalitären Sprache, die mit simplen Klischees arbeitet und Ressentiments schürt: gegen die Elite, gegen Fremde und Flüchtlinge, gegen parlamentarische Verfahrensweisen, gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Noch ist nicht abzusehen, ob die Volksparteien in der Lage sind, sich zu regenerieren – und gleichzeitig genügend Standhaftigkeit beweisen, um eine harte Streitkultur zu bestehen, die uns in den nächsten Jahren begleiten wird.

Diese Gemengelage hat scheinbar nichts mit dem Thema unserer diesjährigen Preisverleihung zu tun. Und doch gibt es subkutane Verbindungen. Der diesjährige Preisträger greift ein Thema auf, das so alt ist wie das zwanzigste Jahrhundert: die totale Herrschaft, ihre inneren Strukturen und Dynamiken. Er führt an Beispielen aus der sowjetischen Geschichte in Zentralasien vor, wie die Funktionäre der Partei- und Regierungszentrale in Moskau unter dem Banner der Parole „Verwirklichung des neuen Menschen und der neuen Gesellschaft“ eine Spur der Vernichtung legen, indem sie alle Formen der Selbstorganisation des politischen Willens wie auch der Vergemeinschaftung aus Erfahrung auf unabsehbare Zeit zerstören und die betroffenen sozialen Gruppen der Vernichtung durch Hungertod oder Massenerschießungen preisgeben.

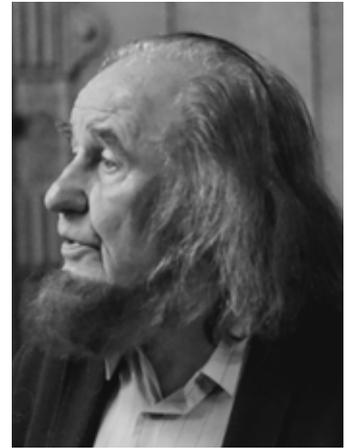
Eine der wichtigen Fragen, die sich aus Teichmanns Studie ergeben, ist die nach den Nachwirkungen dieser Geschichte, die einmalig war und zugleich ihre Schatten auf die Nachwelt wirft. Es geht im Nachklang auch um neue Erscheinungsformen des Totalitären. Und die gehen eben nicht nur auf das Wirken des Nationalsozialismus und des Faschismus zurück, wie manche glauben machen wollen, sondern auch auf die Praxis und die Ideologie des sowjetischen Kommunismus. Beide haben Wurzeln in den sozialen und technologischen Ideologien des 19. Jahrhunderts. Und beide leuchten immer wieder auf.

Geschichte wiederholt sich nicht, bemerkte Karl Marx bissig in „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“. Anders als von Hegel behauptet, vollziehe sie sich vielmehr einmal als Tragödie und kehre das andere Mal als Farce zurück. Das sporadische Aufleben totalitärer Elemente in westlichen Demokratien könnte man als Farce bezeichnen, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß man dann nicht ernst genug nähme, dass demokratische Gesellschaften nicht nur freiheitlich agieren, sondern auch über die Fähigkeit der Selbstzerstörung verfügen. Die Kenntnis der ideologisch begründeten Zerstörung der pluralen Welt durch die verschiedenen Typen der totalen Herrschaft trägt dazu bei, totalitäre Elemente der Gegenwart als Gespenster ihrer Urform zu erkennen.

Auf diesen einen Punkt möchte ich hier verweisen und gebe jetzt an Karol Sauerland weiter, der stellvertretend für die internationale Jury die Preisvergabe begründet.

Begründung der Jury

Karol Sauerland



Der Bremer Hannah-Arendt-Preis wird für Neuansätze im politischen Denken verliehen. Die Jury fand, dass Sie, Herr Teichmann, mit Ihrem Buch *Macht der Unordnung – Stalins Herrschaft in Zentralasien 1920–1950* einen solchen Neuansatz vermittelt haben. Sie verweisen auf ein einmaliges Phänomen, nämlich darauf, dass nicht die Ordnung, wie allgemein – insbesondere in der Totalitarismusforschung – angenommen, für die Machtentfaltung und Machterhaltung unentbehrlich ist, sondern deren Zerstörung und die Schaffung von Unordnung, noch dazu in gigantischem Ausmaß. Das war der beste Weg, „die Vergangenheit“ zu begraben und, um Lenin zu zitieren, eine Wiedergeburt des Alten zu verunmöglichen. Im weiteren Verlauf der Sowjetgeschichte ging es dann nur noch um Macht, um deren Ausbau und Fortbestand. Einen besonders schwachen Punkt für das Sowjetregime stellte der zentralasiatische Raum dar, den sich die verschiedensten Bevölkerungsgruppen teilten. „Es gab dort weder Nationen noch Klassen“, wie Sie, Herr Teichmann, ausführen, „weder standardisierte Schriftsprachen noch eine allgemein verbindliche Lebensweise. Selbst das Band des Islam wirkte weniger vereinheitlichend, als man annehmen konnte, weil trotz sunnitischer Dominanz unterschiedlicher Auslegung, Riten und Glaubenspraktiken oft unverbunden nebeneinander existierten. Was das Zusammenleben der Bevölkerungen Zentralasiens verband, war das Ineinander sesshafter und nomadischer Lebensweisen und damit die Symbiose zwischen iranischen und türkischen Lebenswelten, die sich wirtschaftlich ergänzten und ökonomisch aufeinander angewiesen waren“. Diese jahrhundertlang währende Symbiose musste zerschlagen werden. Es gelang durch ein Riesengewässerungsprogramm, dessen Misserfolge eine Voraussetzung für die Sowjetherrschaft waren. „Unordnung wurde zum wichtigsten Instrument der Herrschaftssicherung“, obwohl oder weil sie die Herrschaftsausübung zugleich „unterminierte und destabilisierte“. Es müsse daher gefragt werden, „wie staatliche Herrschaft funktioniert, wenn sie an der ‚Stabilität der Lebensverhältnisse keinen Gefallen‘ findet und sich ‚in der unablässigen Terrorisierung der Bevölkerung, in der Zerstörung der Ordnung‘ gefällt“. Sie gehen dieser Frage nach, zwar konzentrieren Sie sich auf den zentralasiatischen Raum und überschreiten den von Ihnen

gesetzten Zeitrahmen zwischen 1920 und 1950 kaum, aber die Art, wie Sie die Geschehnisse überaus erzählerisch und höchst differenziert darstellen – Ihr Buch liest sich fast wie ein Roman, wie alle Jurymitglieder betonten –, wirkt auf den politisch Denkenden in vielfacher Hinsicht inspirierend. Sie bemängeln im letzten Satz Ihres Buches zu Recht, dass die jeweiligen Probleme und scheinbaren Unverständlichkeiten stets zu sehr zu Gunsten von Erfolgsgeschichten der Modernisierung und Bürokratisierung „eingeebnet“ werden. Die Forscher, konstatieren Sie, ich würde es auf Intellektuelle, Journalisten und Politiker insgesamt ausdehnen, machen sich wenig aus der „Tatsache, dass Ergebnisse nicht vorhersehbar, Prozesse nicht planbar und Gesellschaften nicht formbar sind“. Daraus ergibt sich der Schluss, vieles von dem heutigen Geschehen würden wir gewiss besser begreifen, wenn wir in der Kategorie der Unordnung ein gewollt-ungewolltes Machtinstrument zu erkennen vermöchten und einen Weg fänden, sie als ein Element politischer Analyse einzusetzen. Das betrifft auch die heutige Zeit. Halten sich einige autoritäre und totalitäre Regime nicht dank der Schaffung von größter Unübersichtlichkeit? Sie wird zugleich als der Weg zu der ersehnten Stabilität hingestellt.

Insgesamt kam die Jury zu dem Schluss, dass Sie durch Ihre Ausführungen eine Korrektur der klassischen Totalitarismustheorien eines Carl Joachim Friedrich oder Zbigniew Brzezinski vorgenommen haben. Gegen deren Überbetonung der Rolle der Ideologie, des Zentralismus und Terrors zur Durchsetzung der neuen Ordnung setzten sie, dass Stalins Herrschaft keineswegs eine „utopische Neuordnung der sozialen Verhältnisse“ anstrebte. Sie war vielmehr der permanente Versuch, Ordnung, Erwartungssicherheit und Zukunftsgewissheit zu verweigern“. Sie, lieber Herr Teichmann, haben es mit einem Wort wie Hannah Arendt verstanden, Einzelbeobachtungen und Verallgemeinerungen miteinander zu verbinden, eine neue Sicht auf Herrschaftsmechanismen aus einem konkreten Einzelfall heraus zu entwickeln.

Jan Fries für den Senat der Hansestadt Bremen



**Sehr geehrter Herr Teichmann,
sehr geehrte Damen und Herren,**

es freut mich Sie im Namen des Senates zur Verleihung des diesjährigen Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken im Bremer Rathaus begrüßen zu dürfen.

Der Hannah-Arendt-Preis wird seit über 20 Jahren verliehen. Das Ziel der Preisgründerinnen und Gründer war es, Hannah Arendt einen gebührenden Platz in der öffentlichen Wahrnehmung zu sichern. Dieses Ziel ist sicherlich erreicht worden.

Der Preis soll im Sinn des Wirkens von Hannah Arendt Menschen auszeichnen. Ihre pointierte Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus und Ihr Streiten für „die Sache der Freiheit gegen das Unheil der Zwangsherrschaft jeglicher Art“ liefern die Leitlinien für die Preisvergabe. Hannah Arendt sah in diesem Streiten das Wesen von Politik. Ein Wesen der Politik, das in den heutigen Tagen besonders gefordert ist.

Der Jury ist es gelungen mit Herrn Teichmann einen würdigen Preisträger auszuwählen. Mit seinem Werk *Macht der Unordnung – Stalins Herrschaft in Zentralasien 1920 – 1950* zeigt er auf, dass das Wirken der sowjetischen Staatsführung keineswegs eine Erfolgsgeschichte war. Bewässerung, Infrastruktur und Staatsbildung sind allerdings erst einmal positiv konnotiert und lassen uns frei nach Monty Python an den Ausspruch denken: „Was haben uns die Russen jemals gebracht, außer ...?“

Doch Herr Teichmann schaut genauer hin, nimmt die Widersprüche in den Blick und erweitert die Analyse kategorien. Statt Ordnung zu schaffen, sei der Prozess der Staatswerdung und der Herrschaftsausübung durch Unordnung geprägt. Als Anschauungsobjekt dient ihm der Wasserbau als Instrument der Modernisierungsstrategie. Hieran wird aber auch deutlich, welche fatalen Konsequenzen willkürliche Entscheidungen aus Moskau und repressive Maßnahmen insbesondere der Geheimdienst hat. Unsicherheit vernichtet persönliche Initiative und technisches Wissen der Bevölkerung.

Herr Teichmann verbindet mit Hannah Arendt eine Auseinandersetzung mit einem totalitären Regime. Dennoch kommt er in Bezug auf die Herrschaft Stalins zu gänzlich anderen Schlussfolgerungen. Hannah Arendt sah den Terror in solchen Regimen durch Ideologie begründet und damit nicht durch willkürliche Entscheidungen eines Führers. Dies treffe aber auf Stalin nicht zu, argumentiert der Preisträger des heutigen Abends, bei dessen Herrschaft Unordnung ein zentrales Element war.

Diese These steht bewusst im Widerspruch zu einer weitverbreiteten Lesart, dass die Sowjetunion durch Modernisierung, Bürokratisierung und Militarisierung zu einem modernen Staat geworden sei.

Die Unordnung als Instrument der Durchsetzung von Macht liefert einen Erklärungsansatz, warum nicht nur die Baumwollproduktion ihre Ziele nicht erreicht. Sondern auch die Modernisierung scheiterte und politische Stabilität nicht eintrat. Und auch nicht eintreten sollte.

Als Konsequenz hält Herr Teichmann fest, dass Ergebnisse nicht vorhersehbar, Prozesse nicht planbar und Gesellschaften nicht formbar sind.

So trivial diese Aussage beim ersten Lesen dieser Aussage wirkt, so wirkungsvoll ist Aussage bei der Betrachtung der aktuellen Welt politik. Das Buch ist damit nicht nur eine lesenswerte Geschichtsstudie, sondern liefert viel Anlass für Diskussion für hier und heute.

In diesem Sinne gratuliere ich dem Preisträger und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Peter Siller für die Heinrich Böll Stiftung



**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
lieber Preisträger Christian Teichmann,
liebe Jury, lieber Laudator, verehrte Gäste,**

ich freue mich sehr für die Heinrich Böll Stiftung ein paar Sätze zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wir sind dem Hannah Arendt – Preis, der hier in Bremen vergeben wird, sehr verbunden und beteiligen uns gerne am Preisgeld. Hannah Arendt steht wie kaum eine andere für ein öffentliches politisches Nachdenken und Sprechen jenseits von hermetischem Fachjargon und anbiedernder Politikberatung. Sie war im besten Sinne eine „Öffentliche Intellektuelle“. Dieser Typus ist heute mehr gefragt als seit langer Zeit – und kaum noch zu finden. Der Wunsch nach „Public Intellectuals“, also nach Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die eine Sprache finden, die es uns überhaupt ermöglicht, öffentlich gemeinsam zu sprechen, ist wahrscheinlich eine der großen Preisfragen unserer Zeit.

Das gilt umso mehr für ein politisch-intellektuelles Nachdenken mit historischem Resonanzraum. Und auch deshalb gilt mein herzlicher Dank dem Preisträger Christian Teichmann, der mit seinem Buch *Macht der Unordnung* nicht weniger als einen neuen Ansatz der Interpretation totalitärer Systeme vorgelegt hat. Für ihn ist die Geschichte der sowjetischen Herrschaft in Mittelasien unter Stalin nicht die Geschichte des Aufbaus einer neuen Machtordnung, sondern eine der permanenten Zerschlagung und Verunsicherung von Ordnung.

Geschichte wiederholt sich nicht einfach – und ist dennoch für die Reflexion auf Gegenwart und Zukunft unverzichtbar. Warum ist die Teichmannsche Frage für die heutigen Gesellschaften so interessant? Unsere Welt fühlt sich an vielen Stellen an, als sei etwas aus den Fugen geraten: Der Aufstieg des Populismus, die Herrschaft der Autokraten – und zugleich ein gewisses „Ohnmachtsgefühl“ gegenüber den globalen Entwicklungen von der Klimakrise bis zur Krise der Finanzmärkte. Auch Hannah Arendt sprach bereits von der Gefahr der „Niemandsherrschaft“ in der Moderne – aus der sich die Bedeutung der Demokratie besser verstehen lässt, gerade im Kampf gegen die autoritären, anti-modernistischen Versuchungen. Bei Politik geht es immer um Transformation, um die Gestaltung von Veränderungsprozessen. Die Welt steht nie still. Und deshalb können wir auch nur dann die Dinge bewahren, die uns wichtig sind, wenn wir den Mut zur Veränderung aufbringen.

Politik, die glaubt, sie könnte Sicherheit dadurch herstellen, dass einfach alles so bleibt, wie es ist, oder dass möglicherweise sogar alles früher viel besser war, verfehlt ihre Aufgabe. Umso mehr ist die Frage: Wie gelingt es eigentlich, neue Sicherheit für die Menschen *durch* Wandel herzustellen? Und wie gelingt es gleichzeitig, den Wandel *in* Sicherheit zu gestalten, das sind zwei entscheidende Fragen – nicht nur in totalitären Systemen.

Unsere Gesellschaft steht – wie viele andere – vor einer umfassenden ökonomischen Transformation in doppelter Hinsicht: Ökologisierung und Digitalisierung. Die Frage, wie sich die Transformationsprozesse entlang der Frage von „Sicherheit und Wandel“ gestalten lassen, ist für die Zukunft – nicht nur – unserer Gesellschaft von allergrößter Bedeutung.

Wie bereits gesagt: Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Aber Geschichte bietet Anlass, noch einmal neu über Dinge nachzudenken. Diesen Anlass sollten wir in stürmischen Zeiten dringend wahrnehmen – auch wenn der Engel der Geschichte ja leider mit dem Rücken zur Zukunft fliegt, wie uns Walter Benjamin gelehrt hat.

Dazu hat der diesjährige Preisträger Christian Teichmann einen wichtigen Beitrag geleistet. Ihm gilt mein herzlicher Dank.

Vortrag Christian Teichmann



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lange habe ich darüber nachgedacht, was ich Ihnen am heutigen Abend am besten erzählen sollte. Dazu habe ich die Bücher von Hannah Arendt gewälzt. Ich habe die aktuelle Forschungsliteratur gelesen. Ich habe mich gefragt, wer heute wie mit den Schriften und Gedanken von Hannah Arendt umgeht. Ich habe mich gefragt, was politisches Denken und Öffentlichkeit in der heutigen Zeit sind und was sie sein könnten. Was sagen uns Hannah Arendts Gedanken heute? Wie sprechen uns ihre Texte über Diktatur und totalitäre Herrschaft an? Lange habe ich mich mit diesen Themen beschäftigt, um über viele Umwege am Ende zur eigentlich offensichtlichsten Schlussfolgerung zu kommen: Ihnen heute Abend etwas über die Macht der Unordnung zu erzählen.

Erlauben Sie mir also – ich bin ja Historiker – mit einer Geschichte zu beginnen: Im Sommer 1931 machte sich der Journalist Egon Erwin Kisch zu seiner zweiten großen Reise in die Sowjetunion auf. Sein Ziel lag diesmal nicht im russischen Kernland der Sowjetunion, den er schon 1926 besucht hatte, sondern in Zentralasien, dem sowjetischen Orient. Er flog von Moskau nach Taschkent, besuchte Samarkand und Buchara und gelangte schließlich ins südliche Tadschikistan an die sowjetisch-afghanische Grenze.

Die Reise des erfolgreichen Journalisten im Jahr 1931 war ebenso sorgfältig von den sowjetischen Behörden vorbereitet worden, wie alle Reisen von ausländischen Besuchern in Stalins Sowjetunion. Deshalb sah Kisch saubere Hotelzimmer, er aß gut und reichlich, absolvierte eine genau durchgeplante Reiseroute und traf handverlesene Gesprächspartner in inszenierten Gesprächssituationen. Kisch, ein wunderbar leichtfüßiger Schreiber und überzeugter Kommunist, lebte auf in der fiktiven Wirklichkeit der sowjetischen Propaganda. Man müsse, schrieb er seiner Leserschaft ins Stammbuch „die Zeitungen der Sowjetunion lesen“, die „voll von ökonomischen Kriegsberichten“ seien.

Kisch nahm für sich in Anspruch, als *Augenzeuge* der Veränderungen in Stalins Sowjetunion *authentisch* darüber berichten zu können. Er lobte die Kollektivierung der Landwirtschaft, verteidigte die seit Beginn der dreißiger Jahre in der Sowjetunion weitverbreitete Zwangsarbeit und traf, als er in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Usbekistan Baumwoll-Kolchosen besichtigte, keine desillusionierten und hungernden Bauern, sondern „begeisterte“ und „fröhlich“ arbeitende Menschen. Er berichtete, wie er in seinem Buch *Asien gründlich verändert* schrieb, über die „tausendund-einen wahren Geschichten“ aus dem sowjetischen Zentralasien.

Am Ende von Kischs Reiseroute stand die Besichtigung eines der erstaunlichsten Projekte, die Stalins erster Fünfjahrplan hervorbringen sollte: der Bau eines neuen Bewässerungssystems im südlichen Tadschikistan unmittelbar an der sowjetisch-afghanischen Grenze. In einem von der Außenwelt völlig isolierten Tal am Fluss Wachs, einem Zulauf des Amu Daria, sollte durch Bewässerung ein riesiges neues Baumwollanbaugebiet von 100 Tausend Hektar Größe entstehen.

Die Dimension des Unterfangens versetzten sogar den hartgesottenen Weltbürger Kisch in Erstaunen. Es gab noch nicht einmal Straßen, geschweige denn Eisenbahnlinien oder Schiffsverbindungen, als er das Wachs-Tal am Fuß des Pamir-Gebirges besuchte. Das Tal, in dem ein mächtiges Stauwerk gebaut und große Bewässerungskanäle gegraben werden sollten, war 1931 eine dünn besiedelte Wildnis mit extrem kontinentalem Klima, mit Sandstürmen im Sommer und Schneemassen im Winter. „Aus einer jahrtausendlang ausgedörrten Steinwüste einen Baumwollgarten zu machen“ hielt selbst Kisch für eine „Phantasmagorie“.

Was zwischen 1930 und 1950 am Fluss Wachs geschah, fängt all die unterschiedlichen Elemente von Macht und Ohnmacht ein, die typisch für Stalins Herrschaft in der Sowjetunion waren. Darum lohnt es sich, diesen trostlosen Ort etwas eingehender zu besichtigen. Denn er zeigt etwas auf über den sowjetischen Versuch, durch die Veränderung der Natur eine Veränderung der Gesellschaft herbeizuführen. Zudem demonstriert er den engen Zusammenhang

zwischen Herrschaftsbildung und der Gewinnung von Industrierohstoffen – im Fall Zentralasiens von Baumwolle, in anderen Fällen und anderen Teilen der Sowjetunion von Kohle, Gold, Holz oder Rohöl. Und drittens zeigt er, wie Stalins Herrschaft im Chaos florierete und wie es möglich wurde, aus Unordnung immer neue Machtchancen zu gewinnen.

Seit 1931 zählte das neue Bewässerungssystem am Fluss Wachschi zu den 150 Großbaustellen des Ersten Fünfjahrplans. Damit war es ebenso wichtig wie die Moskauer Metro oder das vielgerühmte Stahlwerk von Magnitogorsk. Wie alle großen Bauprojekte dieser Jahre begannen die Arbeiten ohne ausreichende Erkundung des Geländes, ohne genaue Baupläne und ohne erfahrene Ingenieure. Darum wurden die schwierigen Arbeiten beim Schleusenbau und am Kanalnetz immer wieder von schweren Unfällen und todbringenden Überschwemmungen des Baugeländes unterbrochen. Hinzu kamen das extreme Klima, die unzureichende Nahrungsmittelversorgung und epidemische Krankheiten.

Selbst der Direktor der Bauunternehmung, ein Vorbildkommunist, verglich die sozialistische Großbaustelle 1932 mit einem Zwangsarbeitslager, wo „Straftäter“, „Schwindler“ und „Sünder“ zur „Arbeit auf Bewährung“ landeten. Die „besonders ungünstigen klimatischen Bedingungen“, berichtete er, erforderten eine „heroische Kraftanstrengung“. Aber zu dieser Kraftanstrengung seien nur die wenigsten Arbeiter im Tal bereit, denn „gutwillige und geeignete Leute“ seien am Wachschi „absolute Einzelfälle“. „Eine kleine Gruppe von Aktivisten“ nehme die „ganze Bürde der Arbeit allein auf sich“ und nur sie arbeitete, wie der Baudirektor wortwörtlich schrieb, „nicht aus Angst, sondern aus Überzeugung“.

Als das Bewässerungswerk im Oktober 1933 in Betrieb ging, erwies es sich als fatale Fehlplanung. Das Stauwerk war eine Fehlkonstruktion und nicht in der Lage, die Wasserversorgung für das Bewässerungssystem zu gewährleisten. Die Kanalanlagen waren übergroß dimensioniert. Daher wechselten sich Wassermangel und Überschwemmungen durch die reißenden Fluten des Gebirgsflusses Wachschi regelmäßig ab.

Der Kanalbau führte zudem zu schwerwiegenden ökologischen Veränderungen im Tal. Einerseits sorgte ein steigender Grundwasserspiegel dafür, dass anstatt von Baumwollfeldern Sumpflandschaften und Moraste entstanden. Andererseits führte der unkontrollierte Zustrom von Wasser zur Versalzung und Austrocknung der Böden. Drittens unterspülte das Grundwasser die Böden und untergrub damit ihre innere Stabilität. Plötzliche Absenkungen und metertiefe Bodeneinbrüche gehörten zum Alltag des Tals und seiner Bewohner. Der Boden verschlang Maschinen, Tiere und Menschen auf Nimmerwiedersehen. Ein Zeitzeuge erinnerte sich folgendermaßen: „Da steht einer auf dem Feld und schaut, ob die Baumwolle ordentlich gewässert wird, und plötzlich ist er verschwunden“. Und schließlich sorgte ein Erdbeben 1935 dafür, dass der Fluss seinen Lauf veränderte und sein Flussbett die Schleuse nicht mehr erreichte. Mit großem Aufwand mussten Auffangkonstruktionen errichtet werden, um das vorbeifließende Wasser in das Bewässerungssystem einzuleiten.

Mit derselben Unbarmherzigkeit, mit der die kollabierenden Böden Talbewohner verschlangen, handelten auch die sowjetischen Staatsvertreter. Mit dem Beginn des Bauprojekts im Wachschi-Tal setzten Bemühungen zur Ansiedlung einer Kolonistenbevölkerung in der Grenzregion ein. Schon 1929 waren 50 Tausend Menschen in das Tal zwangsumgesiedelt worden, aber nach den bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen während der Kollektivierung fehlte 1931 von diesen Menschen jede Spur. Schwierig war es auch, Arbeitskräfte für das Bewässerungsbauwerk zu gewinnen. Die schlechten Lebensbedingungen, Hunger, Hitze, Kälte und gefährliche Krankheiten (vor allem Malaria und Sandmückenfieber) sorgten dafür, dass die Arbeiter das Tal ebenso schnell wieder verließen wie die Ingenieure, Baudirektoren und Parteifunktionäre, die dorthin abgeordnet wurden.

Darum blieben alle Besiedlungsmaßnahmen bis Mitte der 1930er erfolglos. Das musste auch das Politbüro-Mitglied Walerian Kuibyschew feststellen, der im Herbst 1934 das Wachschtal besuchte. Den zuständigen staatlichen Stellen gelang es weder, genügend Arbeitskräfte anzuwerben, noch eine permanente Siedlerbevölkerung anzusiedeln. Im März 1935 berieten Stalin und die Mitglieder des Moskauer Politbüros, welche Maßnahmen zur Kolonisation im Wachschtal ergriffen werden sollten. Der Besiedlung des Tals wurde von nun an von höchster Stelle absolute Priorität eingeräumt.

Die Tragödie, die aus diesem Umstand folgte, trug unverkennbar Stalins Handschrift. Die Moskauer Staatsführung informierte die Regierung Tadschikistans, dass ein „Spezialkontingent“ von 2000 Lagerhäftlingen und sogenannten „Sonderumsiedler“ zusammengestellt und in das Wachschtal deportiert werden würde.

In Tadschikistan traf diese Entscheidung alle Beteiligten völlig überraschend. Eilig bildete die dortige Regierung eine Sonderkommission. Die Kommission stellte sich die Aufgabe, die „Sonderumsiedler“, die binnen Monatsfrist eintreffen sollten, mit dem Nötigsten zu versorgen: Bauholz, Brennholz, Lebensmitteln, Kühen, Pferden, Eimern, Tassen und Waschtischen. Dann stellte aber sich heraus, dass das „Spezialkontingent“ von Häftlingen nicht wie angekündigt 2000 Personen umfassen würde, sondern die Geheimpolizei NKWD wesentlich mehr Menschen auf den Weg in das Wachschtal geschickt hatte. Zwischen Anfang April und Mitte Mai 1935 trafen 4900 Deportierte ein. Das Kontingent dieser „Kolonisten“ war bunt gemischt. Es umfasste 315 deutschstämmige Mennoniten, 758 Häftlinge aus den Arbeitslagern und 3822 „Sonderumsiedler“ aus Leningrad, die dort in Straßenrazzien gefangen genommen und kurzerhand ans andere Ende der Sowjetunion deportiert wurden.

Die „Sonderumsiedler“ aus Russland wurden nach ihrer Ankunft im Tal auf verschiedenen Landabschnitten entlang der Bewässerungskanäle verteilt, lebten in Baracken, Zelten und Erdhütten und standen unter der Aufsicht von Geheimdienst-Kommandanturen. Zeitzeugen berichteten in ihren Erinnerungen, dass die neuen Siedlungen am Rand von bestehenden Oasen entstanden, Oasen, die „wie eine Insel in einem unendlichen Schilfmeer“ lagen und nichts zu bieten hatten als Sümpfe und wüstes Land ringsum. Häufig mangelte es nicht nur an Essbarem, sondern auch an Trinkwasser.

Nach ihrer Ankunft säten die Zwangsumgesiedelten, wie es der Plan gebot, Baumwolle aus, wo es sich gerade anbot. Nur eine kleine Minderheit der neuen Talbewohner wusste überhaupt etwas über den Anbau von Baumwolle. Deshalb sorgte selbst die Parteiorganisation Tadschikistans dafür, dass die wirtschaftliche Diversifizierung und die kommunale Arbeitsteilung in den Umsiedler-Kolchosen schnellstmöglich voranschritten. Wer eine handwerkliche

Qualifikation hatte, konnte als Arbeiter auf der Kanalbaustelle tätig werden. Einigen Umsiedlern wurde erlaubt, Fischerei-Kolchosen zu bilden. Andere begannen, sich als freie Händler auf den lokalen Märkten zu betätigen. Jede und jeder musste versuchen, schnellstmöglich eine ökonomische Nische zu finden, um sich und seine Familie irgendwie ernähren zu können: Baumwolle kann man nicht essen. Im Herbst 1935 war klar, dass die Umsiedler den bevorstehenden Winter ohne Nahrungsmittelhilfe aus Moskau nicht überstehen würden. Vom Ziel, mehr Baumwolle anzubauen, sprach inzwischen niemand mehr.

Stalin persönlich verfolgte den Fortschritt der Besiedlung des Wachschtals minutiös. Anfang Februar 1936 erkundigte er sich, ob sein Befehl, eintausend Familien aus Usbekistan nach Tadschikistan zwangsumzusiedeln, schon erfüllt worden sei. „Berichten Sie uns, wie Sie für die Ausführung unseres Beschlusses sorgen“, telegraphierte er in seinem typischen lakonischen Stil aus dem Kreml.

Innerhalb dreier Jahre kamen ungefähr 12 Tausend Umsiedlerfamilien in das Tal, konservativ gerechnet knapp 50 Tausend Menschen. Ein Großteil dieser Familien stammte aus Zentralasien, aber mindestens ein Drittel kam aus russischen Großstädten wie Leningrad. Gegenüber den aus Zentralasien stammenden Zwangsumsiedlern stellten die vom NKWD deportierten „Sonderumsiedler“ eine besonders schwere Belastung für die fragile Ökonomie und die instabile Versorgungslage des Wachschtals dar. Mehr als ein Drittel der Talbewohner waren völlig unerfahren mit der Arbeit in der Baumwollwirtschaft und unvertraut mit den harschen Lebensbedingungen in der Region.

Seitens der tadschikischen Behörden wurde getan, was möglich war, um die Menschen wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen, damit sie sich irgendwie selbst versorgen konnten. Sie sollten Gärten anlegen, Getreide anbauen und Nahrungsmittel für den Eigenbedarf erzeugen. Der Baumwollanbau geriet immer weiter in den Hintergrund.

Je mehr „Sonderumsiedler“ in das Tal gelangten, desto gewichtiger wurde die Rolle der Geheimpolizei als Wirtschaftsmacht am Wachschtal. Angesichts mangelnder finanzieller Ressourcen, einer dünnen Personaldecke, des fortwährenden Kompetenzchaos und der offensichtlich fehlgeleiteten Besiedlungspolitik Moskaus, übertrug die tadschikische Regierung es schließlich den Geheimdienstmitarbeitern des NKWD im Wachschtal, für die „Sonderumsiedler“ aus Russland Sorge zu tragen. Die Geheimdienstleute sollten nicht nur für die Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung der Umsiedler verantwortlich sein, sondern auch für deren Bereitstellung von Arbeitskräften zur Landvermessung und zur Erfüllung von Bewässerungsarbeiten.



Auf diese Weise konnte sich der tadschikische Staatsapparat von schwierigen und unerfreulichen Problemen befreien. Dies geschah aus gutem Grund. Trotz der grauenhaften Lebensbedingungen und der schlimmen wirtschaftlichen Lage drängten Stalin und mit ihm die Moskauer Geheimdienstzentrale in der Ljubinka auf weitere Deportationen. Dabei war die Lage im Tal für weite Teile der Bevölkerung prekär. Das galt nicht nur für die „Sonderumsiedler“, über die die Geheimpolizei das Regiment führte. Es galt auch für Umsiedlerfamilien aus Zentralasien. Die Bilanz war ernüchternd, wie man einem Bericht vom Sommer 1937 entnehmen kann: „Weil das Projekt am Wachs über riesige materielle Summen verfügte, hätte man gute Lebensbedingungen, einen gesunden Finanzhaushalt und eine Transportinfrastruktur schaffen können. Unterdessen gibt es bis zum heutigen Tag nichts davon: Die Krankenhäuser und die Schulen sind zusammengebrochen. Wir haben weder Schulen noch Krankenhäuser! Und die Infrastruktur steht in Ruinen.“

Doch die Deportation immer neuer Menschen hielt unvermindert an. Selbst im Frühjahr 1945, als die Rote Armee Berlin eroberte und in Tadschikistan eine schwere Hungersnot herrschte, kamen tausende Neudeportierte in das Tal. Das Ende der gewaltsamen Umsiedlungsaktionen kam erst mit Stalins Tod im Jahr 1953.

Man könnte das Bewässerungsprojekt am Wachs als typisch für das Scheitern von Großprojekten als Form staatlicher Entwicklungspolitik halten, wie man es aus allen Regionen der Welt kennt. Keines der wirtschaftlichen Ziele, das bei Baubeginn verkündet worden war, konnte umgesetzt werden. Die Bewässerungsanlagen funktionierten nicht, von einem weißen Baumwollgarten war nichts zu sehen und die zwangsweise angesiedelte Bevölkerung hatte schwer damit zu tun, sich das Nötigste für ihren Lebensunterhalt zu beschaffen. Selbst die Wirtschaftstätigkeit der Geheimpolizei konnte an diesem Zustand nichts ändern und schon gar nicht die örtlichen Parteiorganisationen und lokalen Regierungsstellen. Allein: Diese Einschätzung würde dem Kern der stalinistischen Herrschaftsausübung nicht gerecht werden.

Denn ein Ziel war am Wachs erreicht worden: einen Landstrich in eine Sumpflandschaft zu verwandeln, in der sich Menschen aufhalten mussten, die fernab ihrer Heimat verarmt und entwurzelt lebten. Möglicherweise hatten diese Menschen für ein besseres Leben im Sozialismus gekämpft und hatten dafür viele Opfer auf sich genommen. Aber was von ihrer Erfahrung blieb, war das alltägliche Erleben eines brutalen, feindseligen und böswilligen Staats. In den Händen der Bolschewiki sollte der Staat eine unerbittliche Disziplinierungsmaschine sein, die widerspenstige Gesellschaften und feindliche Naturräume unterwarf. So hatte es Lenin vorausgesehen und so behauptete es Stalin in seinen Parteitagsreden.

In der Praxis blieb die sowjetische Staatsmaschine störanfällig und unzuverlässig. Fortwährend klagten die Führer über fehlenden Gehorsam, mangelnde Disziplin und ungebrochene Widerstände. Manchmal schien es den bolschewistischen Revolutionären, als sei ihr Staat wie ein Holzschiff im Packeis gestrandet. Um diesen Zustand zu verändern, war den Bolschewiki jedes Mittel recht. Unordnung diente ihnen als Mittel, um aus dem Chaos heraus politische Macht zu manifestieren. Unordnung schaffen hatte aus ihrer Sicht das Ziel, traditionelle soziale und politische Strukturen zu vernichten, um die sowjetische Herrschaft als einzigen Sanktionsmechanismus durchzusetzen.

Die Macht der Unordnung konnte sich dabei gegen die eigenen Adepten und Vollstrecker richten. Parteimitglieder und Regierungsmitarbeiter gerieten ebenso unter die Räder wie die einfache Landbevölkerung und die Arbeiterschaft. Paradoxerweise kannte die Herrschaftsausübung in der Stalinära nach außen und nach innen keine Routine, die feste Verfahrensweisen, anerkannte Normen und Regeln schuf: Die sowjetische Herrschaftsroutine kennzeichnete die Machtausübung durch gezielt inszenierte und instrumentelle Unordnung. Darum war der sowjetische Parteistaat eine Welt der Gegensätze – gleichzeitig stark und schwach, durchdringend und oberflächlich, ordnungsbesessen und chaotisch.

Viele Historikerinnen und Historiker, die über die sowjetische Geschichte geforscht und geschrieben haben, würden mit dieser Lesart der Ereignisse übereinstimmen: den Stalinismus als eine Gewaltherrschaft, die nicht auf Legitimität, sondern auf Gehorsam abzielte zu verstehen, deren stärkster Motor unumschränkter Terror und dessen Rückgrat Massendeportationen und Arbeitslager waren. Diese Lesart teilte auch Hannah Arendt.

Auf der anderen Seite gibt es eine andere, unter Historikerinnen und Historikern ebenso stark vertretene, fast gegensätzliche Lesart des Stalinismus. Aller Verwerfungen der Stalinzeit zum Trotz behauptet sie, dass die revolutionären Veränderungen in der Sowjetunion ein legitimes Unterfangen gewesen wären, die Partizipation und Entwicklung nicht nur versprochen, sondern auch in die Tat umsetzten. Diese Forschungsrichtung beschreibt den Stalinismus als Teil eines globalen Modernisierungsprozesses, dessen Ausdruck auch in der Sowjetunion Urbanisierung und Industrialisierung, Bürokratisierung und die Entstehung einer medienvermittelten Massenkultur gewesen wären. Häufig geraten dabei Terror und Unordnung in die Fußnoten im Anmerkungsteil. Von manchen Historikerinnen und Historikern werden sie sogar als populäre, quasi-demokratische Prozesse verstanden, mit denen sich die Bevölkerung der Sowjetunion von ihren angeblich tatsächlich vorhandenen inneren „Feinden“ befreite.

Auch wenn diese, durchaus verbissen geführte, Diskussion auf die sogenannte Fachöffentlichkeit beschränkt bleibt, so hat sie doch eine größere politische Dimension, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Denn wie man über die sowjetische Geschichte urteilt, bestimmt, in welches Verhältnis man Stalinismus und Sozialismus zueinander stellt. Es bestimmt, wie man die Möglichkeiten und Grenzen von Diktaturen beurteilt – zwar immer mit Blick auf die Vergangenheit, aber immer auch mit einem Auge auf die Gegenwart. Es bestimmt nicht zuletzt, wie man aufgrund der historischen Erfahrung der Sowjetunion die gegenwärtige politische Situation in Russland einschätzt.

Die sowjetische Geschichte hat es also, genauer betrachtet, auch in unserer Gegenwart ziemlich in sich. Dabei geht es, abstrakter gesagt, um eine historische Tiefenbestimmung von Gegenwärtigkeit. Historikerinnen und Historiker vermitteln in ihrem Schreiben immer ein bestimmtes Bild der Gegenwart. Manche tun dies eher unbewusst und manche sehr bewusst. Auch wenn sie sich hinter Quellen, Fußnoten und Archivsiglen verschanzen, handeln sie – im Idealfall – von den Geschehnissen, Erfahrungen und Verwerfungen in der Vergangenheit mit dem Ziel, die unendliche Variationsbreite und damit die der Welt innewohnende Pluralität zu vergegenwärtigen und immer wieder neu zu beleben. Dabei können Historikerinnen und Historiker die Schriften und Gedanken von Hannah Arendt immer wieder neu inspirieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ein Buch über Stalins Herrschaft in Zentralasien, dessen Gegenstand so fernab unserer hiesigen Erfahrungswelt liegt, mit dem Hannah-Arendt-Preis ausgezeichnet wurde, freut mich über alle Maßen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken: Zuerst bei den Preisstiftern, der Heinrich Böll Stiftung und der Hansestadt Bremen. Dann bei der Jury, die auf ein Buch, das zunächst für ein Fachpublikum geschrieben wurde, aufmerksam geworden ist, es gelobt und prämiert hat. Dann bei der Hamburger Edition, deren Verlagsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus einem unordentlichen Manuskript ein schönes und lesbares Buch gemacht haben. Dank gilt meinen Berliner Kolleginnen und Kollegen, die mir zeigten, dass gute Wissenschaft nie im stillen Kämmerlein gemacht wird, sondern immer ein kollektives Unterfangen ist und sein muss. Und schließlich möchte ich mich bei Ihnen allen dafür bedanken, dass Sie heute, auch wenn es anderes zu tun gegeben hätte, zusammen mit mir diese Feierstunde begehen!

Laudatio Anatoli Mikhailov



Wir ehren heute das Buch von Christian Teichmann, das uns alle noch einmal an die schreckliche Geschichte von Stalinismus erinnern lässt. Das passiert heute – in der Zeit, als wir gerade in wenigen Tagen den 25. Jahrestag des Verfalls der Sowjetunion begehen werden.

Das Buch ist reich an faktischem Material und Gedanken und motiviert uns zum Nachdenken.

Es entsteht aber die Frage: In welchem Maße sollen wir die im Buch beschriebenen Ereignisse nicht einfach als Gegenstand von reinem akademischen Interesse betrachten und damit nicht auf der Ebene von „beschreibender Impotenz“ (Peter Handke) bleiben?

Jeder Akt des Denkens, jede öffentliche Besprechung beginnen nie *ex nihilo* und müssen sich im ‚hier‘ und ‚jetzt‘ unseres heutigen Daseins verwurzeln. Das passiert oft unbewusst. Wir plädieren in diesem Fall den neutralen, objektiven Standpunkt zu vertreten, und vergessen dabei die bekannte Formulierung von H.-G. Gadamer, dass „Vor-Urteile“, etwa, was uns immer beeinflusst, viel mehr als „Urteile“ unser Denken bestimmen.

Wo befinden wir uns jetzt im 21. Jahrhundert? In welchem Maße sind wir wirklich bereit, die notwendigen Schlussfolgerungen aus den tragischen Erfahrungen des vorigen Jahrhunderts zu ziehen?

Viele der Anwesenden erinnern sich noch ganz gut an die Tage, als wir uns, vor 17 Jahren, auf den Anfang des neuen Jahrhunderts vorbereiteten. Diesmal war er auch mit dem Beginn des neuen Millennium zusammengefallen. Die Hoffnung war verbreitet, das wir im 21. Jahrhundert endlich die schrecklichen Ereignisse der vorigen Geschichte hinter uns lassen und die Welt in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten ist. Es schien, dass wir für eine solche Stimmung mehr als genug Gründe hatten.

Hinter uns lagen zwei monströse Regime der totalitären Natur – nationalsozialistische und stalinistische, die die Vernichtung von mehreren Millionen von menschlichen Leben gefordert haben: vorbei war die Zeit des Kalten Krieges, die ständig mit der Bedrohung der Kernwaffenkatastrophe für die ganze Menschheit verbunden war; die Wiedervereinigung von Deutschland und die Befreiung von Osteuropa von fremder Dominierung hat stattgefunden; die Welt erlebte das Ende der Herrschaft des Kolonialismus; und endlich der Zusammenbruch der Sowjetunion.

Wir sehen jetzt, wie naiv wir in unseren Erwartungen waren. Ein Versuch aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts unsere Realität zu begreifen, bedeutet, dass wir nochmals die Art des Denkens gegenüber der Herausforderungen der heutigen Welt in Frage stellen können.

Die Ereignisse von September 2001 in New York, wirtschaftliche und finanzielle Krise von 2007–2008, Schwierigkeiten bei der Demokratisierung von Afghanistan, Irak oder Libyen, wirtschaftliche Krise in Griechenland, letzte Terrorattacke in Belgien, Frankreich, Bundesrepublik und der Zuwachs der Welle von Flüchtlingen; die Verbreitung von rechtsradikalen Stimmungen in Europa; Brexit, Trump ... die kommenden Wahlen in Frankreich, das Referendum am 4. Dezember in Italien ... Immer wieder erscheinen uns alle diese Ereignisse als etwas völlig Unerwartetes.

Das Buch, das wir heute besprechen, ist ein Teil der schrecklichen Geschichte, die wir manchmal gern als Ereignisse einer bereits verabschiedeten Vergangenheit betrachten möchten.

Wir stehen nun zugleich vor der Aufgabe, die Versuchung eines distanzierten akademischen Kommentierens zu vermeiden und bezüglich den Verbrechen des Stalinismus die Art und Weise der Analyse anzuwenden, die Hannah Arendt vorwiegend am Beispiel des Nationalsozialismus unternommen hat, und die für unsere Gegenwart aktuell bleiben kann.

Es ist bekannt, dass sie in keinem Fall das Wesen des Totalitarismus als etwas völlig Außerordentliches betrachtet hat. Auf die Frage „wie solche Dinge möglich sind“, antwortet Arendt 1953: „das Heraufkommen der totalitären Regierungen“ ist „das Hauptereignis in unserer Welt“ (*Understanding and Politics*, 1953. S. 377)

Sie meint, dass gegenüber der einmaligen Schrecklichkeiten des Totalitarismus wir plötzlich „die Tatsache entdecken, dass wir unsere Instrumente für das Verstehen verloren haben“ (S. 383). Das bedeutet aber, dass wir es mit einem Phänomen zu tun haben, das sich dem Begreifen zu *entziehen* scheint.

Die Übel des Totalitarismus „haben unsere Kategorien des politischen Denkens und unsere Maßstäbe für das moralische Urteil eindeutig gesprengt“ (S. 379). Das bedeutet, dass wir für das, was uns oft als unerwartet erscheint, die allgemeinen Regeln des Denkens nicht mehr besitzen.

Es geht damit um das Anwachsen der Sinnlosigkeit im 20. Jahrhundert und um die Abwesenheit des Vermögens des Denkens, auf das wir uns gewöhnlich verlassen, um uns in der Welt zu orientieren. Arendt warnte uns vor der Gefahr der Zeit, „wenn die Tradition ihre lebendige Zeit verloren hat, wenn die Begriffe abgenutzt und die Kategorien platt geworden sind“.

Bereits mit dem 19. Jahrhundert gingen, ihrer Meinung nach, die Antworten auf die moralischen und politischen Fragen unserer Zeit aus: „Die Quellen, aus denen solche Antworten natürlicherweise hätten sprudeln sollen, waren ausgetrocknet. Den ganzen Rahmen, in dem Verstehen und Urteilen entstehen konnten, gibt es nicht mehr“.

Das bedeutet, dass wir im Schatten einer großen Katastrophe leben und denken, und deshalb müssen wir entsprechend der Herausforderungen unserer Zeit, traditionelle Denkschemata in Frage stellen. Was bedeutet überhaupt etwas zu begreifen, wenn unsere Denkkategorien und Urteilsmaßstäbe zerstört sind?

Die entscheidende Frage: was „heißt den Totalitarismus verstehen?“ heute, im 21. Jahrhundert, bedeutet gar nicht, dass wir noch einmal die schrecklichen geschichtlichen Ereignisse nur beschreiben.

Postsowjetische, poststalinsche Realität und alles, was sich jetzt in diesem Raum abspielt, gibt mehr als genug Gründe, besorgt zu sein. Das Problem ist aber, dass wir mit einer großen Verspätung auf alles das reagieren und ignorieren dabei die Konsequenzen von Entwicklungen, die in dem Buch von Christian Teichmann so beindruckend geschildert sind und die zugleich zerstörerisch nicht nur für das Bewusstsein der Bevölkerung von Zentralasien waren.

Ich komme aus Belarus, einem Land, von dem einmal, am Beginn der 90er-Jahre hier im Westen, auch in der Bundesrepublik, positive Entwicklungen in die Überwindung des totalitären Erbes erwartet hatten. Wo befinden wir uns jetzt, nach 25 Jahren? Den „Fall Belarus“ konnte man als ein typologisches Beispiel betrachten, wie schief alles laufen kann, wenn man von Beginn an auf der Grundlage von Wunschdenken handelt. Sind wir heute wirklich bereit auf die Herausforderungen unserer Zeit entsprechend zu reagieren?

Die Rolle von Intellektuellen

In 1942, während der schrecklichen Ereignisse des zweiten Weltkrieges, schreibt Ortega y Gasset: „Das ganze Buch konnte man über das Thema „Von der Verantwortung und Unverantwortungslosigkeit der Philosophie schreiben“. Diese Frage aber ist für ihn zugleich ein Teil von einem mehr allgemeinen Thema „Gedanken über die intellektuelle Verantwortung“. Es ist offensichtlich, dass die Radikalität dieser Formulierung nur aus dem Kontext der Dramatik der Zeit zu verstehen ist, in der diese Zeilen geschrieben sind.

Wir sind hier mit dem Problem konfrontiert, dass in keinem Fall seine Aktualität für unsere Zeit verliert.

In seinen Bemühungen die Rolle von Intellektuellen für die Gesellschaft zu definieren, bemerkt Ortega, dass man oft diese Figur mit einem bestimmtem Beruf, etwa Schriftsteller, Wissenschaftler, Pädagoge, Journalist usw. verwechselt, die nur eine spezifische professionelle Funktion in der Gesellschaft ausüben.

„Die meisten Intellektuellen“ – schreibt er –, die sich in unseren Gesellschaftsordnungen herumtreiben, sind natürlich keine Intellektuellen, sondern spielen sich als solche auf; mitunter leben sie auch ganz korrekt und versehen mit Redlichkeit und nicht geringem Nutzen das Amt, auf das sie eingeschworen sind, füllen den „Posten, den sie einnehmen“ aus“. Als Resultat „ist die Welt voll von Intellektuellen ohne Intelligenz“. Die Gefahr, die von heutigen Intellektuellen ausgeht, ist, dem Denken Ortega’s entsprechend, „eine Kultur der Ideen zu schaffen“. Wenn früher diese Ideen „hauptsächlich die Ideen von Dingen, von Gefühlen, von Normen, Unternehmungen, Göttern“ waren, sind sie jetzt „Ideen von Ideen“ geworden. Die Kultur der letzten Jahrhunderte „ist in steigendem Maße intellektualistisch gewesen“. Wir sind mit Ideen vollgestopft und zugleich unfähig, sie handzuhaben und zu beherrschen. Die Meinungen, die sich aus diesen Ideen herausbilden, sind für erfolgreiche Handlungen nicht geeignet. Der Gegenteil ist eher das Faktum: „Wenn dem Anderen eine Idee kommt, verwandelt sie sich ins Gegenteil, in ein Dogma“.

Ortegas Forderung an die Intellektuellen zu einem Rückzug von den Höhen der Gesellschaft, zu einer Besinnung auf sich selbst, scheint heute kaum irgendwelche bedeutende Resonanz zu finden. Aber besonders bedrohlich ist diese Situation dort, wo im Laufe der Jahrzehnte dauernden Zeit der Herrschaft der totalitären Ideologie selbst die Wurzeln der möglichen geistigen Erneuerung zerstört worden waren. Als Resultat dominieren im postsowjetischen Raum heftige Auseinandersetzungen, emotionale Polemik, gegenseitige Beschuldigungen. Es gibt keine Bereitschaft, selbstkritisch den eigenen Zustand einzuschätzen. Das alles erschwert die mögliche und notwendige Konsolidierung von kaum vorhandenen Kräften angesichts der wachsenden Enttäuschung über die Misserfolge von nicht sehr professionell durchgeführten Reformen.

Die negativen Konsequenzen, die damit verbunden sind, ist das Faktum, dass das Denken, oder was Hannah Arendt eher „Urteils-kraft“ nennen möchte, einfach mit einer abstrakten Phraseologie ersetzt ist. Genau auf die Abwesenheit dieser Urteilskraft im Sinne Kants, die als „Dummheit“, ein „Gebrechen“, dem nicht aufzu-

helfen ist, hat Arendt hingewiesen. Sie meint dabei, das „sie sich nicht nur auf unsere Schwierigkeiten beim Verstehen des Totalitarismus“ beschränkt. Das Paradoxon der modernen Situation scheint zu sein, so Arendt, dass wir unsere Instrumente des Verstehens verloren haben. Unsere Suche nach Sinn wird durch unsere Unfähigkeit, Sinn zu erzeugen, zugleich angetrieben und vereitelt. Kants Definition der Dummheit ist keinesfalls unzutreffend. Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts ist das Wachstum von Sinnlosigkeit eine Begleiterscheinung des Verlustes an gesundem Menschenverstand gewesen ... und die Dummheit hat zugenommen.

Damit entsteht eine bestimmte Tendenz, die besondere Gefahren für eine Politik bringt, die sich zu oft mit einem Gerede begnügt, das leider nichts mit der faktischen Realität zu tun hat. Durch dieses „phrasenhafte Denken“ schaffen wir einen Kosmos von imaginären Wirklichkeiten (Pseudowirklichkeiten), so Ortega, denen keine tatsächliche reale Welt entspricht. Es beherrscht unsere Vision und Handlungen, macht unsere Welt sehr bequem für uns. Es stimuliert eine bestimmte Haltung des Utopismus bezüglich der Realität und befreit sie „von allen Dunkelheiten, Rätseln und Überraschungen“.

Besonders gefährliche Konsequenzen bringt dieses phrasenhafte Denken in der gegenwärtigen Situation der Globalisierung. Im Bereich der Politik führt solcher Schwarm normativer Phrasen zur Versuchung, die akuten Probleme des gesellschaftlichen Lebens durch klischeehafte Handlungen zu lösen.

Ortega’s Forderung für die Intellektuellen, zu einem Rückzug von den Höhen des Reflektierens zu einer Besinnung auf sich selbst zu kommen, scheint heute kaum irgendwelche bedeutende Resonanz zu finden. Die Frage bleibt immer noch offen, ob wir diese „theoretische Haltung“ (*vita contemplativa*) gegenüber den Herausforderungen der gegenwärtigen Welt in unsere „*vita activa*“ verwandeln können. Das ist nur eine von vielen Konsequenzen, vor der wir alle nach dem Lesen des Buches stehen.





olitis
2014
Juri A
Nadesi
Marija A
2013
Timoth

Das Kolloquium

Samstag, 3. Dezember 2016

**Das Podiumsgespräch „Gesichter der totalen Herrschaft“
mit Christian Teichmann, Anatoli Mikhailov,
Antonia Grunenberg und Gerd Koenen**

Christian Teichmann verfolgt die Institutionalisierung von Machtprozessen – und ihr Scheitern. Er legt das Dilemma totalitärer Machtkonzentration frei: Ihr Erfolg ist nicht planbar. Der Terror erweist sich einerseits als einziger Garant für die Macht, andererseits sorgt gleichzeitig die Terrorherrschaft für die Erosion der Macht.

Christian Teichmann hat mit seinem Buch *Macht der Unordnung* einen Neuanfang in der Forschung über totalitäre Systeme vorgelegt. Teichmann argumentiert, dass nicht Ordnung, wie meist angenommen wird, für die totalitäre Machtentfaltung und Machterhaltung unentbehrlich ist, sondern deren systematische Zerstörung. Teichmann geht dieser Konstellation für den Zeitraum zwischen 1920–1950 nach. Seine Argumentation freilich setzt eine Fülle produktiver Fragen frei über die strukturellen Widersprüche totalitärer Herrschaft im 20. und 21. Jahrhundert.

Antonia Grunenberg: Guten Morgen meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des Hannah-Arendt-Preises! Ich darf Ihnen zunächst die Teilnehmer vorstellen. Christian Teichmann, den Preisträger des Jahres 2016. Anatoli Mikhailov, Gründer und langjähriger Rektor und jetzt Präsident der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität in Vilnius, die seinerzeit 1992 in Minsk gegründet wurde, bis er und die Universität aus Belarus vertrieben wurden. Und diese Universität ist dann eben mit europäischen Fördergeldern wiedergegründet worden in Vilnius. Herr Mikhailov hat 1966 in Jena promoviert ...

Anatoli Mikhailov: Jetzt scheint es mir, als ob alles beinahe im 19. Jahrhundert stattfand ...

Antonia Grunenberg: Anatoli Mikhailov ist ein ausgewiesener Kenner und Forscher der deutschen Philosophie.

Ich freue mich auch sehr, dass Gerd Koenen gekommen ist, obwohl er in den letzten Zügen zu seinem neuen Buch liegt. Jeder und jede, die einmal an einem Buch gesessen haben, wissen, unter welcher Hochspannung man dann steht. Und umso mehr haben wir ihm zu danken, dass er gekommen ist. Zwei große Bücher

von ihm sind die *Utopie der Säuberung* von 1998 und *Das Rote Jahrzehnt* über linksradikale Strömungen in der außerparlamentarischen Bewegung von 2001. Er hat sehr viel mehr publiziert.

Mark Simons, den ich Ihnen hier auch vorstellen wollte und der die chinesische Perspektive auf die totale Herrschaft hätte einbringen können, konnte nicht kommen, weil er unter den Nachwirkungen einer Augenoperation leidet. Ich bedaure das sehr, weil er eine außereuropäische Perspektive eingebracht hätte.

Kurz nach dem Ende der Blockherrschaft in Europa, also in den 1990er-Jahren, konnte man der Meinung sein, dass die totale Herrschaft, der Totalitarismus, wie man das auch nennt, eine historische, wenn nicht gar eine abgeschlossene Formation sei, die Gegenstand historischer Untersuchung und ausgedehnter Forschungen wäre, aber nichts mehr mit der gelebten Wirklichkeit zu tun hätte.

Inzwischen ist Europa durchdrungen von antiliberalen, autoritären, populistischen Regierungen und Bewegungen, die sich totalitärer Praktiken bedienen. In den funktionierenden Demokratien gibt es starke populistische Bewegungen ausgesprochen anti-liberalen Charakters. Ihnen allen ist das geläufig, dass alte Klischees, uralte Klischees, der Begriff des „Systems“, der Begriff der „Lügenpresse“ und andere Versatzstücke totalitärer Propaganda, wieder auftauchen und scheinbar spielerisch in die Debatte geworfen werden, nach den Maßgaben der Strategie der – wie es so schön heißt – „Dogwhistles“-Taktik, einem Vorgehen, das darin besteht, eine Behauptung in die Welt zu setzen, und dann zu schauen, welche Wellen die Provokation erzeugt.

Das führt zu der Frage: Gibt es einen historischen regionalen und lokalen Gestaltwandel des Totalitären? Ist der Terrorismus nicht-staatlicher Bewegungen totalitär? Können religiös legitimierte Diktaturen und diktatorische Herrschaftstypen totalitär genannt werden? Mit Hannah Arendt könnte man fragen: Bringen traditionelle Demokratien nicht selber auch totalitäre Bewegungen immer wieder hervor?

Wir haben uns im Vorhinein darauf verständigt, dass Gerd Koenen mit einem Beitrag zum Thema beginnen wird, und dass wir dann relativ schnell in die Unterhaltung zwischen den Teilnehmern einsteigen und schließlich auch für Ihre Fragen öffnen. Gerd, bitte!

Gerd Koenen: Vielen Dank. In der Tat, wir sind ja jetzt nicht mehr im Modus des Laudatierens, sondern der Auseinandersetzung mit einem bestimmten Stichwort, das hier auch auf dem Titel steht: Macht der Unordnung als ein Charakteristikum von totaler Herrschaft. Das ist heute unser allgemeines Thema.

Ich nähere mich dem als Historiker. Das bedeutet: Totalitarismus, Faschismus, Kommunismus – das sind immer Sammelbegriffe, die wir bilden. Der Totalitarismus-Begriff ist in einer ganz bestimmten Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Hannah Arendts Buch ging dabei ziemlich voran. Andere haben versucht, das stärker zu systematisieren. Und später setzte, soweit sich das im Rahmen der Faschismus- oder der Kommunismus-Forschung bewegte, dann wiederum eine Historisierung ein, die zum Teil – Herr Teichmann hat gestern darauf angespielt – in gewisser Weise das spezifisch Totalitäre wegnahm, indem es beispielsweise in ein Modernisierungsparadigma gespannt wurde.

Das Problem an diesen älteren Totalitarismus-Theorien ist meines Erachtens, dass sie alle vom Faschismus herkommen, und da war auch das Ordnungselement sehr stark. Und diese Gesellschaften wurden eben nicht nur autoritär geführt, sie wurden totalitär gesteigert. Sie bewegten sich im Modus einer totalitären Steigerung ihrer Energien. Wofür aber? Was den Nationalsozialismus angeht, aber auch Italien, auch Japan, wenn Sie es einbeziehen, um große, hegemoniale Reiche zu finden, die in einem Spiel der Mächte dem angelsächsischen hegemonialen Block gegenüberstehen können. Das war der Kerngedanke der ganzen Kontinentalreichsidee. Uli Herbert hat einmal gesagt über den Ostfeldzug als Vernichtungskrieg: Wie denn sonst? Wie denn sonst? Wenn man sich ein so wahnsinniges Unternehmen vorstellt, geht es nur mit den extremsten Mitteln. Das heißt, hier sind wir im Modus der Entzifferung einer Handlungslogik.

In Bezug auf die kommunistischen Regime spreche ich nicht so sehr im Kontext Nationalsozialismus, Faschismus, Kommunismus, Liberalismus. Das sind alles Abstraktionen. Notwendige Abstraktion, aber Abstraktionen. Mich interessiert in erster Linie, dass es um die Geschichte ganz bestimmter Länder in der Welt des 20. Jahrhunderts geht. So wie man den Nationalsozialismus nicht in irgendeinen beliebigen anderen Kontext tradieren kann, sondern dass er aus bestimmten Tendenzen und Dynamiken der deutschen Gesellschaft herausgekommen ist – sehr spezifisch –, und der

italienische Faschismus auf seine Weise, sind die beiden Hauptländer des Weltkommunismus, und das sind Russland und China, Länder die sich auch in ihren historischen Traditionen bewegt haben.

Für mich führt es nicht entscheidend weiter, wenn wir darüber abstrakt sprechen, als „der Kommunismus“ oder „der Totalitarismus“. Ich würde sogar sagen, dass die kommunistischen Regimes, das würde ich für Russland wie für China sagen – Vietnam wäre ein anderer Fall, Nordkorea ebenso –, die Länder sind, in denen Kommunisten aus eigener, innerer Ermächtigung heraus die Macht ergriffen und diese Länder vollkommen umgestaltet haben. Den Begriff des Totalitarismus würde ich immer adjektivisch verwenden: totalitär. Ich würde sogar sagen, die eigentlich totalitären Gesellschaften waren die kommunistischen Gesellschaften. Jetzt sprechen wir typologisch. Denn die deutsche Gesellschaft musste man nicht totalitär unterdrücken. Die Deutschen musste man nicht besonders terrorisieren. Die russische Gesellschaft musste man terrorisieren, um sie in diesen neuen, eisernen Zwangsrahmen hinein zu bringen.

Bevor ich den Begriff Stalinismus verwende, spreche ich erst einmal über den bolschewistischen Terrorismus. Der Stalinismus ist darin nur eine bestimmte Phase. Das Ganze ist ein dreiviertel-hundertjähriger geschichtlicher Zyklus. Es geht um den Bolschewismus, der von vornherein totalitäre Ambitionen hat auf die Gestaltung der gesamten Gesellschaft. Diese totalitäre Ambition entspringt nicht einfach ihrem Kopf. Weil sie jetzt Kommunisten sind, wollen sie die Welt umgestalten ... Das ist dieser ganze utopisch-ideologische Überbau über dem Ganzen. Der kaschiert im Grunde eine Leere. Sie sind ein Machtorden. Ein aus europäischen Ideologie-Fragmenten heraus entwickelter, aber mit Zügen oder vielen Elementen dieses spezifischen russischen Intelligenzija-Radikalismus fusionierter Machtorden, der sich vornehmen muss, das Ganze dieses alten, riesigen, in sich schon geheimnisvoll und mit dem Verstand kaum zu erfassenden russländischen Vielvölkerreiches, dieses größten, gigantischen Territorialstaates der Welt. Den gilt es im Grunde wieder zu erobern, man könnte auch sagen zu re-kolonisieren. Insofern ist diese Art, das was Christian Teichmann in seinem Buch schildert, die letzte Etappe an der äußersten Peripherie, in gewisser Weise, der Wiedereroberung dieses Reiches. Hätten sie das mit anderen Mitteln tun können? Das ist eigentlich die Frage.

Also erstens: Unordnung finde ich einen relativ schwachen Begriff. Es geht um Willkür. Sie sagten auch an einer Stelle eine allprä-sente oder jederzeitig mögliche Willkür der Machtausübung, eine Unberechenbarkeit. Und gleichzeitig, das haben Sie auch sehr schön aus dieser Literatur herausgenommen, sitzt dieser Stalin dort im Kreml wie Gott im Himmel und führt ein Schuldbuch über jeden Parteisekretär. Also: Du mein Lieber, dir haben wir zugeteilt ... du kriegst jetzt nix, der kriegt jetzt das ... Also über jeden wird ein Schuldbuch geführt. Das ist schon eine totalitäre Struktur. Es ist aber, nach einem älteren Begriff, ein gesteigerter Despotismus. Es ist Despotie. Das ist etwas Anderes als Diktatur übrigens. Insofern wäre ich auch mit diesen Themen, die sie dort ganz kurz nur ansprechen, also Wittvogel, hydraulische Gesellschaft und so, nicht so leichtfertig, weil dahinter liegt der ganze Kosmos dieser Marx'schen Theorie einer orientalischen Produktionsweise. Diese ermöglicht despotische Herrschaft. Es geht also um die alten orientalischen Reiche. Hier an dieser Peripherie bewegen wir uns in einem Geschichtsfeld, welches, mit Verlaub, drei Viertel der gesamten Menschheitsgeschichte umfasst. Die großen alten orientalischen Reiche waren primär. Und dann löst sich aus diesem Kontext über das Christentum, über das europäische Mittelalter, über die Neuzeit ... löst sich eine europäische Welt heraus, die plötzlich anfängt, aus diesem Modus herauszuspringen.

Also in Marx' Aufreihung der historischen Produktionsweisen steht die asiatische Produktionsweise, oder die orientalische, an erster Stelle, weil sie die langlebigste ist, weil sie bis heute andauert. Da wären wir sogar in der Gegenwart. Denn: China ist immer noch China. Das kommunistische China von heute trägt für mich am meisten Züge einer neototalitären Formation. Es ist eine fast perfekte despotische Herrschaft eines Parteiapparats, die man fast so im Alltag nicht merkt, aber sie ist omnipräsent. Die ist absolut da. Nichts kann ohne sie gehen. Nichts geschieht ohne sie, sie haben alles im Blick. Jedenfalls hypothetisch.

Unordnung würde ich also erst einmal in Willkür übersetzen. Und, wie gesagt, es geht nicht um eine Verweigerung von Ordnung, wie Sie an einer Stelle schreiben, weil diese Ordnung hat dieses Regime so auch nicht. Es ist im Grunde immer noch im Modus des Eroberns, des Durchdringens, des nach ihrer Fassung „Zurechtpfriegelns“. Wollten die dort keine Baumwolle anbauen? Natürlich wollten sie das. Sie wollten auch mittels Sklavenarbeit Kanalprojekte bauen, möglicherweise sinnlos wie in ihrem Beispiel vom Ostsee-Weißeer-Kanal ... Aber der sollte schon gebaut werden,

dieser sollte schon unter Peter dem Großen gebaut werden. Und jetzt mit riesigen Aufgeböten von Zwangsarbeit ... Am Schluss fährt dort fast kein Schiff.

Damit sind wir an dem Punkt, dass diese Allmachtvorstellung, die All-Zuständigkeit, dieser absolute Voluntarismus – man könnte es eine Utopie der schieren Macht nennen – systemisch zu Unordnung führt. Und das ist unabhängig davon, ob die das wollen oder nicht. Ich würde nicht vermuten, dass das sozusagen primär das Kalkül der Macht ist. Sondern sie produzieren Unordnung. Stellen Sie sich eine Tagung des Politbüros vor mit 130 Tagesordnungspunkten in zwei Tagen. Also, man kann ja nichts aufnehmen. Man gibt lauter grobe Direktiven raus. Man bestraft, weil es nicht funktioniert. Und in dieser obsessiven Allmacht, die immer von der Angst vor dem Sturz begleitet ist ... steckt auch immer Panik. Auch sie resultiert aus Unordnung. Aber alles hat immer einen Feldzugscharakter. Ein Feldzug nach dem anderen. Feldzüge zur Eroberung der Natur. Lauter Feldzüge. Ja, jeder Feldzug ist, wie man schon seit Alexander Kluges Schlachtenbeschreibung weiß, ein Chaos. Man hat vielleicht einen Plan, doch danach herrscht das Chaos. Was nicht heißt, dass man seine Ziele nicht erreicht.

Der Topos, das schon im alten russländischen Zarenreich die Gesellschaft arm und der Staat reich war, ist ein ewiger Topos dieser Geschichte gewesen. Man kann das lesen als sozusagen einen Herrschaftsmodus im Wege der Unordnung, der hauptsächlich mit seiner eigenen Stabilisierung irgendwie beschäftigt ist. Was ein bisschen eine „Dead-End-Argumentation“ ist. Das stimmt, das stimmt. Aber wollte diese Macht nichts? Doch, sie wollte etwas. Und sie hat es auch auf ihre Weise erreicht. Nämlich über dieser armseligen, chaotischen Grundlage einen gigantischen Staatsaufbau zu setzen, der in einer bestimmten Phase nach dem Zweiten Weltkrieg den größten Militärapparat der gesamten Weltgeschichte hervorgebracht hat. Die russische Flotte etwa war zwanzig Jahre lang die größte Flotte – zahlenmäßig – die jemals die Meere durchpflügt hat. Das haben sie erreicht, indem sie 20 bis 30 Prozent des Sozialprodukts darauf verwenden mussten – und die USA, die dann trotzdem eine überlegene Militärmacht darstellten, mit sechs oder acht Prozent ihres Sozialprodukts auskamen.

Da ist also dieser riesige Machtapparat, Militärapparat, Großmachtapparat, der sehr wohl in russischen Kategorien gedacht war – so wie die KP Chinas das heute in chinesischen Kategorien denkt, in 3000-jährigen Reichskategorien denkt. Was nicht heißt, dass es nur das gäbe. Es ist nicht altertümlich. Es gelingt mit völlig neuen, nämlich totalitären Mitteln. Aber es ist sozusagen ein Ziel, diesen alten großen, kollabierten Reichsstaat zu behaupten in einer Welt überlegener, kapitalistisch orientierter, überall eindringender, durchdringender anderer Mächte, von denen sie sich existenziell bedroht fühlen, die sie zum Teil auch in den Untergang getrieben haben – China zum Beispiel im 19./20. Jahrhundert –, dort eine Macht eines ganz anderen Typs gegenüberzustellen, und das mit totalitären Mitteln. Das ist sozusagen mein Versuch der historischen Verortung dessen, was wir so beschreiben.

Die faschistischen Mächte haben diese totalitären Mittel in erster Linie für die Steigerung ihrer Kriegsfähigkeit und ihrer Expansion, also der Schaffung expansiver großer Reiche – ein römisches Reich, ein germanisch-arisches Kontinentalreich, eine japanische Wohlstandszone und so fort – verwendet.

Nur der letzte Punkt, um das nochmal nach der Seite hin zu sagen. Wie gesagt: das deutsche Volk musste man nicht besonders totalitär unterdrücken. Man konnte in die Emigration gehen. Man konnte einfach Fachmann sein. Man konnte sich rausziehen, raushalten, das ging alles. Aber das Zentrum des Totalitären war in den Zonen der Sklavenarbeit, und natürlich in der Welt der Konzentrationslager, Vernichtungslager und des Vernichtungskrieges überhaupt im Osten. Da herrschte Totalitarismus. Dieser Totalitarismus hat den beängstigenden Zug, dass er zum Teil sehr wohl sehr effektiv sein konnte. So wie die amerikanischen Sklavenplantagen des Südens sehr wohl produktiv und profitabel sein konnten, konnten die Nazis mit Zwangsarbeit – wohl hier auch in Bremen U-Boote, Mittelbau Dora habe ich letztes Jahr mal besucht – Hightech produzieren mit Sklavenarbeit. Weil der gesamte Rahmen in der Tat geordnet war, gesetzt war. Und dann konnte man Sklavenarbeit dort ganz gezielt einsetzen. Beängstigend effektiv. Hier ist eigentlich eine ganze Gesellschaft im Modus einer Staatssklaverei. Also ob man jetzt in diesem Tal, was Sie geschrieben haben, Herr Teichmann, dort eingesetzt war als Spezialsiedler, ob man in einem Gulag-Lager war, ob man in einer sowjetischen Fabrik war in dieser Ära, unter ungeheuren disziplinären Regularien, oder ob man irgendwo in einer Behörde war – man war im Grunde eigentlich ständig in einem Modus der Kontrolle, der Überwachung, des Funktionierens und

der Strafandrohung – bis hin zu Leben und Tod. Also insofern war die ganze Gesellschaft in diesem Modus. Das ist der Unterschied beispielsweise auch zum nationalsozialistischen Totalitarismus.

Deswegen würde ich dieses adjektivische „totalitär“ gerade vor allem auf die kommunistischen Gesellschaften beziehen. Denn auf der Folie völkischer Bewegungen, des nationalsozialistischen Totalitarismus betrachtet Arendt dann die kommunistischen Regimes, speziell auch Russland, mit dem sie sich schon auch gut auskannte. Aber dabei erfasst sie nicht wirklich die historische Situation, in der diese stalinistischen Steigerungen stattfinden. Also in dem Sinne ist das sogar für mich etwas historisch Singuläres. Diese totalitären Steigerungen, die wir in Russland, in China, in diesen kommunistischen Staaten gesehen haben. Aber sie waren nie Selbstzweck. Sie hatten ihre Motive, sie hatten ihre Logiken. Und sie hatten auch ihre Dinge, die sie erreicht haben. Kommunistische Staaten sind sozusagen im Felde unbesiegt geblieben. Das, was wir als Ende des Kommunismus bezeichnet haben, war, als plötzlich kein richtiger Feind mehr da draußen war – als der Modus der Kriegsspannung heruntergefahren werden mussten. Aber so lange sie existierten, haben sie eine beängstigende militärische Mobilisierungs- und Kampffähigkeit bewiesen. Vietnam und anderes. Und das folgte in gewisser Weise der Ratio und der Logik ihres totalitären Handelns.

Christian Teichmann: Gerd Koenen hat all die Schwierigkeiten angesprochen, die sich aus der komplexen und verwobenen Geschichte totalitärer Herrschaft im 20. Jahrhundert ergeben. Tatsächlich war es die nationalsozialistische Variante totalitärer Herrschaft, über die Hannah Arendt am besten geschrieben hat. Sie ist völlig unterschieden von der kommunistischen Spielart. Dennoch hat Arendt es geschafft, aus einer sehr intimen Kenntnis der Entstehung, Entfaltung und des Endes der nationalsozialistischen Herrschaft ein paar wesentliche Charakteristika der stalinistischen Machtausübung herauszulesen, die viele Historikerinnen und Historiker der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten heute, scheint es, manchmal vergessen. Die lange Phase des „entspannteren“ Kalten Krieges ab Mitte der 1960er-Jahre, als sich die Sowjetunion im Inneren noch einmal sehr stark veränderte, trug dazu bei. Diese einschneidenden Veränderungen wurden im Westen aufmerksam registriert und man hat von dieser Zeit an anders über die sowjetische Geschichte gesprochen und geschrieben. Man sprach und schrieb dabei auch immer zu seiner jeweiligen sozialen Gruppe und politischen Umgebung. Deshalb ist die Geschichte von Stalins Herrschaft auch so veränderlich.



Was ich an Gerd Koenens Auffassung kritisieren möchte, ist jedoch die Zentralperspektive, aus der heraus er argumentiert. Vor einigen Tagen habe ich noch einmal die letzten beiden, also das 11. und 12. Kapitel, von Hannah Arendts „Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft“ gelesen. Da haben wir – und die Forschung zu Hannah Arendt hat das gut gezeigt – zwei ganz unterschiedliche, fast gegenläufige Lesarten totalitärer Herrschaft. Wenn man zuspitzt, könnte man sagen: Ja, man hat auch bei ihr die „privilegierte“ Sicht aus dem Machtzentrum, das beschrieben und analysiert wird. Da geht es um Intentionen, da geht es um Mittel, da geht es um Instrumente, wie man sich als Machthaber durchsetzt und behauptet. Dann hat Arendt aber einen zweiten Begriff totalitärer Herrschaft und das wäre, ganz ungenau gesagt, die „Perspektive der Opfer“. Hier geht es um fluktuierende Hierarchien, alltägliche Verunsicherung und lebensbedrohliche Unordnung. (Arendt nannte dies den „Zustand permanenter Unstabilität“.) Sie spielt immer wieder beide Varianten durch. Dabei fragt sie einerseits nach der Logik der Machtapparate. Aber sie fragt auch: Wie erleben „einfache“ Menschen die totalitäre Herrschaft? Diese Perspektive steckt in ihrem Buch auch drin. Sie wird immer wieder thematisiert, aber leider nie wirklich systematisiert, weil es Arendt zu allererst darum ging, das Zentrum der Herrschaft und seine Wirkungen zu verstehen. Aber sie fragt auch immer nach der anderen Perspektive: Wie erlebt man totalitäre Macht als kleiner Hans auf der Straße? Oder als diskriminierte, ausgeschlossene Jüdin, die irgendwie zu sehen muss, dass sie rauskommt, weil es lebensgefährlich wird.

Was Gerd Koenen stark macht, ist die Zentralperspektive. Man analysiert Ereignisse und Gesellschaften von oben. Man schaut: was sind die Intentionen der Machthaber und wie setzen sie sie durch? Und ich habe in meinem Buch versucht zu verstehen – und das interessiert mich auch persönlich sehr stark: Wie wirken sich die Manifestationen der Macht denn auf das individuelle Leben und den persönlichen Alltag der „kleinen Leuten“ aus? Man kann diese Sichtweise zwar nur schwer systematisieren. Aber man kann und sollte auch nicht einfach sagen: das ist „die totalitäre Gesellschaft“ und die funktioniert so oder so. Aber „die Gesellschaft als solche“ gibt es nur als Abstraktion. Gesellschaft ist immer weniger als die Summe der einzelnen Leben – zumal unter einer totalitären Herrschaft. Diese dezentrale Perspektive wollte ich stark machen und habe mich gefragt: Wie ist die Erfahrung von Menschen in totalitären Systemen?

Unordnung ist deshalb ein neuralgischer, kein schwacher Begriff. Natürlich handelt es sich um eine Metapher. Aber dennoch ist Unordnung mehr als nur Willkür, allein schon, weil Willkür und Despotie fadenscheinige Abstraktionen sind, die den Erfahrungsraum der Einzelnen für Historikerinnen und Historiker unzugänglich machen und ihn verstellen. Und weil es die Erfahrung der Unordnung ist, die wirkungsvoll bleibt – über den durchlebten und durchlittenen Alltag hinaus. Das kann man in vielen Memoiren nachlesen, am besten in Alexander Wats großartigen Erinnerungen „Jenseits von Wahrheit und Lüge“. Dieser Punkt kommt aber bei allen vor, die sich länger in Stalins Sowjetunion aufhielten und ihre Erlebnisse später erzählten oder aufzeichneten. Und eigentlich wird in diesen Memoiren nur ein Thema verhandelt: Wie wurschtelt man sich irgendwie durch? Wie kann man überleben? Welche Wege findet man? Und dann natürlich auch: Wie richtet man sich ein unter immer ungewissen Umständen?

Gerade, um diese Perspektive zu schildern, habe ich es eben, so gut es eben ging, vermieden, die marxistische Diskussion über asiatische Produktionsweise und orientalische Despotie darüberzulegen. Diese Diskussion deckt mehr zu, als sie erklären kann. Sie hat sich überlebt und trägt zum Verständnis von Stalins Herrschaft wenig Neues bei. Aber in der Sowjetunion haben wir das wirkliche Problem, dass die Selbstbeschreibung des Systems an sich schon immer eine marxistische ist. Die Bolschewiki haben von sich selbst immer gesagt, sie wären Marxisten. Wir sollen also ein Analyseinstrument anlegen, das sie selbst vertreten haben, um ihr Handeln und ihre Weltsicht zu verstehen? Es gab auch in der Sowjetunion eine Debatte um die orientalische Despotie. Die ganzen Diskussionen gab es, hintergründig und vordergründig, und Ernest Gellner hat sie in einem Aufsatz mit dem Titel „Soviets against Wittfogel“ wunderbar süffisant geschildert. Diese marxistische Theorietradition ist aber kein wirklich weiterführendes Mittel. Man würde immer nur die Selbstbeschreibung der Machthaber wiederholen in einer Endloschleife. Deshalb fällt das Thema für mich sozusagen aus und es wird folglich am Ende meines Buchs ein bisschen abgekanzelt auf der vorletzten Seite. Aber das hatte gute Gründe.

Man kann also, zusammenfassend, zwei Lesarten von totalitärer Herrschaft finden: Guckt man vom Thron auf das Volk oder versucht man, sich eine Vorstellung davon zu machen, wie es ist, wenn man unten steht und auf den Thron guckt. Das ist die Perspektive, die mich interessiert hat. Und ich glaube, wenn wir heute über die Gesichter des Totalitären reden, ist es eine ganz ähnliche Situation: Wir reden über die Mächtigen. Wir reden zu selten über die anderen Gesichter des Totalitären, die auch bei Hannah Arendt oft abwertend als „Masse“ oder „Mob“ vorkommen, aber die da irgendwie drinstecken in diesen gewalttätigen Zusammenhängen, diesen chaotischen sozialen Situationen, diesen unordentlichen Herrschaftsformen. Und ich glaube, diese Perspektive hat starke Erklärungskraft für uns heute, weil viele das Totalitäre nolens volens in sich tragen, irgendwie in sich haben, weil man selbst oder die Eltern oder die Großeltern totalitäre Herrschaft erlebt haben. (Herr Mikhailov wird dazu vielleicht gleich noch etwas sagen.) Und ob man will oder nicht: man trägt das Totalitäre auch in sich, trotz aller Aufklärung, und man trägt es weiter. Bestimmte Gefühle oder Erinnerungen werden angesprochen. Das, was in Ostdeutschland gerade politisch geschieht, holt auch das Totalitäre wieder hoch, diesmal in der rechtspopulistischen Variante. Sie bringt ein Sentiment zum Klingen, das, glaube ich, schon in der späten DDR schon omnipräsent im Alltag war und bis heute in der individuellen Erfahrung verankert ist.

Antonia Grunenberg: Herr Mikhailov, wenn ich an Sie weitergeben darf ... Sie bringen nun noch eine neue Dimension in die Debatte, insofern als Sie die Erfahrung des Totalitären haben, oder Erfahrungen des Totalitären, und nicht nur als Forschungsgegenstand, sondern als Bürger. Und insofern würde ich Sie gerne nach diesen Erfahrungen mit den Gesichtern des Totalitären fragen. Sie haben den Systemumbruch ... noch am Ende miterlebt, Sie sind vertrieben worden. Sie sind dann ins Exil gegangen und haben daher auch eine Außenwahrnehmung der totalitären Staatspraxis.

Anatoli Mikhailov: Vielen Dank. Ich bin völlig einverstanden, Herr Koenen, mit der Behauptung, dass es bestimmte Begriffe gibt – Totalitarismus, Nationalsozialismus, Stalinismus –, und die Verwendung dieser Begriffe macht unsere Diskurse, unsere Gespräche, Diskussionen sehr oft viel leichter. Es sind bestimmte Begriffe, die so oft verwendet werden, dass sich manchmal der Sinn entleert von all diesen Begriffen. Dieses Buch von Christian Teichmann ist einfach keine abstrakte Schilderung der Situation. Es ist wie auch

in dieser berühmten Erzählung von Solschenizyn, *Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch*. Es ist einfach die Beschreibung von einem Tag. Im Buch schreibt man über 30 Jahre. Aber die Art und Weise, die Beschreibung von dieser Realität ist weit entfernt vom abstrakten Begriff. Das ist ein Versuch, diese Realität nicht in Abstraktionen zu beschreiben, sondern das einfach zu vermitteln. Hier haben wir vielleicht ein äußerst schwieriges Problem. Wie vermittelt man diese Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft? Ein bekanntes Buch von Hannah Arendt heißt *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*. Es ist eine große Versuchung, wenn wir das Wesen des Nationalsozialismus, Stalinismus analysieren, es als etwas, das nur der Vergangenheit angehört, zu betrachten. Ich spreche aber jetzt nicht über Zukunft. Sind wir wirklich bereit, heute *unsere Gegenwart* zu verstehen? Dazu gibt es mehr als genug Beispiele ... Herr Koenen hat da auch über China gesprochen ... Das ist eine neue totalitäre Formation. Ist sie es wirklich plötzlich! Noch vor 20 Jahren konnten wir auf der Weltbühne China mehr oder weniger ignorieren. Jetzt ist das eine neue Realität. Man entdeckt plötzlich auch jetzt – ich spreche über die Gegenwart – Putin. Sehen Sie, warum entdeckt man alles so spät?

[Lachen im Publikum]

Das ist wirklich eine Frage. Ich habe hier eine Kopie meines Interviews in den USA vom September 1998. Es war zu der Zeit fast selbstverständlich, dass man für Belarus und andere ehemalige Republiken der Sowjetunion die Sammelbezeichnung „Russland“ verwendete. Also ging es nicht nur um Belarus. „What happened in Russia?“, lautete die Frage. Meine Antwort war: „I do not belong to those who are very optimistic.“ Schon damals also, im September 1998, hatte ich eine ganz gefährliche Entwicklung kommen gesehen. Der Bedarf nach einer starken Macht wuchs in der Bevölkerung und machte sich deutlich bemerkbar. Allerdings ist „Bedarf nach einer starken Macht“ einer von diesen abstrakten Begriffen, die uns eine Illusion geben, uns ein psychologisches Gefühl verleihen, von unserer schrecklichen Vergangenheit verabschiedet zu haben. Man *hofft*, dass sie nie wieder eine Realität wird.

Ich komme aus Belarus, und Lukaschenka ist jetzt Präsident eines Landes, in dem er einmal absolut auf demokratische Weise gewählt worden ist. Das ist eine Seltenheit, vielleicht ist das sogar einmalig im ganzen postsowjetischen Raum, in dem Parteifunktionäre sich in Präsidenten verwandelten.

Lukaschenka war jemand aus dem Volk. Und er hat gegen die Nomenklatura gekämpft. Er wurde gewählt. Lukaschenka ist dafür bekannt geworden, dass er auch Hitler gelobt hat. In seinem berühmten Interview im *Handelsblatt* hat er sich ganz positiv über die Erfahrung von deutscher Geschichte unter Hitler geäußert. Vor einigen Jahren hat Lukaschenka in der Nähe von Minsk ein Museum unter offenem Himmel errichtet. Linie Stalin war der Name des Museums, und damit wurde das Erbe des Diktators wieder verherrlicht. Dieser Schritt zurück passiert in einem relativ kleinen Land (etwa 9 Millionen Einwohner), das sich aber nicht am Rande der europäischen Zivilisation befindet. Ganz im Gegenteil: an vielen Kreuzwegen liegt Belarus. Ein Potenzial für positive Veränderungen war vorhanden. Aber die Gelegenheit wurde vertan. Wenn aber so etwas in so einem Land passiert und der gesamte Westen – Europa, die Bundesrepublik, auch die USA – nicht imstande sind, in einer relativ einfachen Situation etwas dagegen zu unternehmen, was können wir in viel schwierigeren Fällen dann erwarten? – Putin ist übrigens nicht so primitiv wie Lukaschenka.

Nun aber hat Lukaschenka alle seine politischen Ziele erreicht und bleibt vielleicht noch etwa zwei Jahrzehnte an der Macht. Das ist unsere Realität. Das passiert in einer Zeit, in der in vielen Ländern über Reformen immer noch in der Sprache der abstrakten Begriffe wie „Demokratie“, „Menschenrechte“, „Marktwirtschaft“ gesprochen wird. Man nehme nur die Titel von Konferenzen und Seminare über Belarus, die im Laufe der letzten 25 Jahre stattgefunden haben, so könnte man ein ganzes Buch zusammenstellen. Nur die Titel, nichts mehr. Und jetzt stellen wir die Frage: Hat das etwas gebracht? Werden wir immer wieder dieselben abstrakten Begriffe verwenden? Das Problem ist: Wie kann man unsere heutige Realität – ich spreche nicht über die Zukunft – wirklich beschreiben?

In Hannah Arendts Buch *Zwischen Vergangenheit und Zukunft* geht es um die Möglichkeit einer neuen politischen Theorie. Aber schon in dem Vorwort nimmt sie Bezug auf Autoren wie Faulkner, Kafka, René Char ... Welchen Sinn hat es überhaupt? Ist es möglich, über politische Theorie bei Kafka, Faulkner oder René Char zu sprechen? Hier geht es um etwas ganz Anderes als abstrakte Theoretisierung über die Realität. Man könnte es als eine Suche nach einer ganz anderen Sprache bezeichnen – etwas Ähnliches hat Arendt später in ihrem Buch *Vom Leben des Geistes* probiert, in dem sie von der Idee einer „Urteilskraft“ spricht.

Man denkt, dass es dort, in diesem letzten Teil des Buches, um das Wichtigste geht – um die Sprache. Mit welcher Sprache kann man diese Realität nicht nur in Begriffen beschreiben, sondern auch unserer Erfahrung zugänglich machen? Darum nimmt sie einen bekannten Begriff aus der Spätphilosophie Immanuel Kants – die „Kritik der Urteilskraft“. Diese letzte „Kritik“ Kants nehmen wir gewöhnlich als einen „ästhetischen“ Traktat über das Erhabene, über das Schöne. Demgegenüber behauptet Arendt, dass dieses Buch ein riesiges Potenzial für die politische Theorie hat. Was ist damit gemeint? Ich denke, hier geht es um einen Zugang zu einer Realität, der sich nicht von dieser Realität entfernt, nicht in einer abstrakten Ebene verbleibt. Deshalb habe mich gestern so kritisch über den „Intellektuellen-Diskurs“ geäußert. (Diese Kritik trifft übrigens auch mich selbst, denn auch für mich ist es viel leichter auf dieser Ebene zu bleiben, also etwas zu schreiben und dann zu erwarten, dass das Geschriebene eine Wirkung auf die Realität hat.

Zurück zur postsowjetischen Realität, in Mittelasien übrigens auch, oder im Kaukasus, oder in Russland – es sind ganz gefährliche Entwicklungen. Immer wieder registrieren wir die gefährlichen Entwicklungen und erwarten, dass die Probleme von selbst gelöst werden. Heute, also 25 Jahre danach, muss man wirklich den Mut finden, für die Folgen des Geschehenen Verantwortung zu tragen und praktische Schritte zur Bewältigung dieser Vergangenheit zu machen. Das wäre die Aufgabe, nicht nur für uns. Das ist auch eine Herausforderung für den Westen. Wann hört man endlich auf, mit diesen Begriffen eine Analyse der Wirklichkeit vorzutäuschen? Wie findet man die Sprache, um andere Realitäten wirklich zu verstehen? 2017 – das heißt 100 Jahre nach der Oktoberrevolution in Russland. Viele berühmte Intellektuelle, ganz hervorragende Denker, wie zum Beispiel Nikolai Berdjajew haben damals, Anfang des 20. Jahrhunderts, auch für bestimmte Umwandlungen plädiert. Dann aber kam die Oktoberrevolution mit ihren schrecklichen Folgen.

Antonia Grunenberg: Ich teile Ihre Skepsis gegenüber einer Herangehensweise, die nahelegt, dass, wenn man Fakten aus Dokumenten zusammenträgt und sie beschreibt, man damit die Realität beschrieben hat. Diesem Problem ist Christian Teichmann ja nicht ausgewichen, sondern er hat dieses Problem konterkariert, indem er sich mit verschiedenen Methoden des Herangehens kritisch auseinandergesetzt hat und vor allem Dokumente von realen Lebenszusammenhängen herangezogen hat.

Ich würde gerne noch einmal zurückkommen auf die Frage der „Gesichter des Totalitären“. Sie haben diese Erfahrung des Totalitären in Belarus gemacht. Sie werden ganz sicher auch in Gesprächen mit der Auffassung, die eine Zeit lang im Westen sehr gang und gäbe war, konfrontiert worden sein, nämlich: Es gab die totale Herrschaft. Die endete mit Stalins Tod. Danach gab es irgendeine post-totalitäre Herrschaft. Danach gab es den Bruch, den Zerfall des Machtbundes. Und was es jetzt gibt, ist etwas Anderes. Nur was ist das, was es jetzt gibt? Es gibt Leute, die nach Belarus fahren und zurückkommen und sagen: Alle Achtung, das ist ein wohlorganisierter Sozialstaat. Er ist irgendwie machtpolitisch diktatorisch verfasst, aber er schafft Zufriedenheit seiner Bevölkerung. Und dann denkt der gemeine Menschenverstand: Okay, das ist jetzt vielleicht die letzte Phase, und danach kommt – befördert durch die Modernisierung und durch die Eigendynamiken der industriellen Modernisierung – danach kommt die Demokratie. Sie hingegen warnen dauernd vor Fehleinschätzungen. Wie beschreibt man eigentlich ein Regime wie in Belarus heute?

Anatoli Mikhailov: 2018 wird Robert Mugabe, der Präsident von Zimbabwe ist, wieder kandidieren. Er wird in 2018 ein 94-jähriger sein, nicht wahr? Ich denke mir, wenn Lukaschenka 94 wird, werden die medizinischen Technologien soweit fortgeschritten sein, dass alle Ersatzteile für seinen Organismus geliefert werden. Er wird immer noch in 30 Jahren – er ist ziemlich jung – noch an der Macht bleiben. Und das ist ein Skandal. Entschuldigung für einen solchen Begriff.

Ja, Lukaschenka ist zur Macht gekommen auf demokratische Weise, weil die Intellektuellen, wir alle, wir waren in unserer Denkweise zu naiv. Sind wir es nicht heute noch? Immer wieder betrachten wir diese Realität als etwas Außerordentliches. Indessen ist diese Realität womöglich, wie Hannah Arendt es einmal ausdrückte, geradezu „banal“. Die Lebensumstände in Belarus verschlechtern sich mit jedem Jahr. Kaum Aussichten für die Jugendlichen; die auch das Land verlassen möchten.

Was passiert jetzt? Auch hier in der Bundesrepublik, auch hier im Westen ist dieser Diskurs über Realität und Belarus als Diktatur völlig verschwunden. Noch vor drei, vor fünf Jahren hat man über Belarus als die letzte Diktatur in Europa gesprochen. Man sprach – vielleicht ist das übertrieben – sogar über Tyrannei in Belarus.

Es ist keine Tyrannei, selbstverständlich. Aber so etwas, was in Richtung Diktatur sich entwickelt, das ist wirklich unsere Realität. Und jetzt gibt es riesige Schlangen von Leuten, auch aus der Bundesrepublik, auch aus der Europäischen Union, aus Amerika, die immer wieder mit der Hoffnung kommen, Lukaschenka zu erziehen. Das ist ein Zeichen von Schwäche westlicher Außenpolitik.

Deshalb sollte mein Pessimismus bezüglich Belarus und nicht nur bezüglich Belarus verständlich sein. Wie könnte ich das, was ich dort erlebt habe, einfach ignorieren? Wir haben bei uns in Minsk damals Anfang der 1990er-Jahre die Europäische Humanistische Universität gegründet, mit einer Hoffnung, dass wir das Potenzial hätten das aufzubauen, was in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht vorhanden war. Aber Lukaschenka hat ganz gut die Gefahr, die von unserer Universität ausging, verstanden, er hat uns vertrieben. Es ist ein Wunder, dass wir imstande waren, uns erneut in Litauen wiederaufzubauen. Aber immer noch fließen Millionen, hunderte von Millionen einer bestimmten Hilfe vom Westen nach Belarus – mit einem kontraproduktiven Resultat. Und das ist einfach eine Tatsache.

Antonia Grunenberg: Herr Mikhailov hat dankenswerter Weise angesprochen, dass das Phänomen des Totalitären eben auch die Instrumente der Analyse betrifft. Und die Frage ist, eignet sich dieser Begriff der totalen Herrschaft überhaupt dazu, das zu beschreiben, was wir heute vor Augen haben? Herr Mikhailov hat eben versucht, es am Beispiel von Belarus zu erläutern. Wir haben es auch mit anderen Ländern, wir haben es auch mit einer Art von Zwischenform in Regierungen zu tun, von denen man sagen würde, sie sind post-totalitär, am Rande der organisierten Kriminalität. Wie beschreibt man sozusagen das Nachwirken des totalitären Prinzips? Kann man das an Beispielen erläutern?

Gerd Koenen: Ich meine, das sind alles historische Begriffe. Der Begriff „totalitär“ kommt erstmals als Selbstbeschreibung bei Mussolini auf. Es gibt ihn schon im Ersten Weltkrieg, als Begriff des totalen Kriegs, im französischen Kriegsabschnitt, als totale Mobilisierung, totale Mobilmachung auf allen Seiten. Und dann ist dieser Begriff da, dann wird er theoretisiert, dann wird er konzeptionalisiert. Es sind offensichtlich Machttypen, die über eine moderne Diktatur hinausgehen, über eine absolutistische Monarchie, über einen traditionellen Despotismus. Es ist eine Steigerungsform des 20. Jahrhunderts mit allen Mitteln des 20. Jahrhunderts.

Jetzt würde ich zwei ganz wesentliche Unterschiede machen, davon habe ich vorhin schon gesprochen. Die totalitäre Ermächtigung der Nationalsozialisten geschah getragen von einer latenten Mehrheit des deutschen Volkes, auf fast demokratischem Wege, muss man sagen, aus einem Willen heraus, Deutschland eben mit sei es auch extremen Mitteln wieder zu einer Weltmacht zu machen. Es von der Syphilis des Versailler Friedens zu befreien, der Durchsetzung, der Durchfremdung. Es als Weltmacht unter Weltmächten zu etablieren. Das war eine starke totalitäre Ermächtigung – ein Ermächtigungsgesetz.

Russland beispielsweise ist der ganz andere Fall. In Russland entsteht die totale Macht in einem gesellschaftlichen Vakuum, nämlich durch den Zusammensturz der alten Autokratie. Lenin sagte, es war leicht wie eine Feder, die Macht aufzuheben. Schwer war es, sie neu zu installieren und zu behaupten. Das heißt, die sind über 20, 30, 50 Jahre im Modus der Kolonisierung und Rückeroberung ihrer eigenen Gesellschaft. Um sie allerdings auch wieder zu einem neuen großen Machtstaat zu bauen, mit allen Ressourcen, die da sind. Das aber ist eine grundlegend andere Situation.

Die Fragen, über die wir jetzt sprechen, sind ja letztlich Fragen – und insofern stimmt es nicht, dass ich hier ganz vom Thron der Macht her spreche –, warum Gesellschaften es ermöglichen, dass sich solche Machttypen etablieren? Warum ist es in Weißrussland möglich, dass dieser dumme Herr Lukaschenka, dieser Kolchos-Vorsitzende, also der Super-Kolchos-Vorsitzende, sich über 20, 30, 50 Jahre ... das kann auch keine westliche Außenpolitik ändern, das muss die weißrussische Gesellschaft ändern. Warum ist die weißrussische Gesellschaft so ohnmächtig? Warum ist die russische Gesellschaft ohnmächtig?

China ist wieder ein anderer Fall. China ist ein Fall, in dem eine kommunistische Partei aus einem verheerenden Bürgerkrieg heraus – der mit ihr und ohne sie und neben ihr existierte – nach einem 150-jährigen Absturz einen neuen Staat etabliert und, mit rigorosesten Mitteln, zunächst einmal ungeheuer ... ohne Erfolg, außer auf dieser militärischen Ebene wieder als Machtstaat, diese Volksrepublik China konstatiert. Im Grunde eine reine Katastrophe. Trotzdem: China als Machtstaat ist bei Maos Tod da. Und nun passiert etwas völlig Anderes. Nämlich dieses nominell kommunistische Regime mit diesem Machtapparat, den es dort installiert hat, der aber sich in eine 3000-jährige Reichstradition stellt, der für

sich hat: Wir haben China wieder aufgerichtet! Das ist der erste Satz von Mao. China hat sich wieder erhoben. Und wir, die Kommunisten, haben das geschafft. Und mit diesen Traditionen ausgestattet ist sie immer noch die gleiche kommunistische Partei Chinas, die einen beispiellosen Industrialisierungsfeldzug – Öffnung zum Weltmarkt und so fort – vollführt und sich aller modernen Medien bemächtigt hat. Und ich sage neo-totalitär, nicht weil da nur ein Erbe wäre, was jetzt weiterwirkt. Klar, diese alten Veteranen singen ihre roten Lieder und so. Und wie dieser Mao Zedong, der das Land im Grunde ruiniert hat von oben bis unten, ungefähr wie Sie es hier beschreiben, trotz allem daraus ein Staatswesen geformt hat, und deswegen auch populär ist auf eine bestimmte Weise, das verstehen wir schon nicht wirklich.

Aber es geschieht noch was ganz Anderes. Diese kommunistische Partei von heute etabliert jetzt, hier, heute, eine neue, neo-totalitäre Kontrolle über diese inzwischen ungeheuer plurale, aktive, energische Gesellschaft mit all diesen auseinanderstrebenden, dynamischen Elementen. Russland, das heutige Russland, wäre da wieder ein anderer Fall.

Diese Gesellschaften, wie funktioniert das? Insofern ist das sehr wohl die Frage danach, wie es erlebt wird. Darüber haben Sie gesprochen: über die Erfahrung der Auslieferung.

In Gesellschaften gibt es auch Angst voreinander. Chinesen haben Angst vor Chinesen. Das ist die Ratio des Regimes: Wenn wir den Deckel wegnehmen, wisst ihr, was dann passiert? Und das ist, womit wir umgehen, dass wir begreifen müssen: dass im Grunde das, was bestimmte westliche Gesellschaften in einer bestimmten Zeit ihrer Geschichte mal geschafft haben, was die Bundesrepublik gerade sehr, sehr mühsam irgendwie behauptet, alle diese europäischen Länder mühsam behaupten, nämlich: sich selbst demokratisch zu organisieren, etwas Schwieriges ist. Aus Millionen idiotischen Meinungen etwas Vernünftiges herauszudestillieren in einem Prozess der Demokratie – über Programme, die sich austauschen, über Koalitionen, über Verhandlungen, über Kompromisse, über alles Mögliche, und in der Balance zu bleiben – dass ist etwas unglaublich Schwieriges, historisch unglaublich Seltenes, immer unglaublich Prekäres, und auch durch die Dynamiken der modernen Welt – und um die ging es auch in dieser Phase schon – immer auch Gefährdetes. Von innen und außen Gefährdetes. Und das gelingt in bestimmten Länder ... ist es gelungen.

Ob es in den USA gelingen wird in Zukunft, das wissen wir nicht. Also inzwischen brechen ja viele Eckpfeiler weg ... und wir können den Pessimismus noch weiter ausdehnen.

Aber für mich ist das sehr wohl nicht nur einfach die Frage nach einem Herrschaftsmodus, sondern immer auch die Frage, wie Gesellschaften es Potentaten ermöglichen, es erlauben, vielleicht sogar fordern, diese Macht auszuüben. Und es gibt auch – gerade im Totalitarismus, das ist für mich das Bestürzendste –, es gibt auch eine Bindung an totalitäre Macht.

Totalitäre Macht funktioniert meistens – das können Sie von Weißrussland bis China sehen – eigentlich nach dem Modell der großen Familie. Das ist etwas ganz Altes. Wir sind alle eine große Familie. Ihr seid da unten das Volk. Sozusagen: Alle zusammen. Das ist im Grunde der schlichte Sinn von Kommunismus. Alle zusammen. In einem ganz hierarchischen ... irgendwie wie eine autoritäre, gewaltige Familie organisierten Staatssystem. Und das erzeugt eine Bindung. Es erzeugt die Bindung sogar im Terror und durch den Terror. Das ist das Verrückte. Also: da sind nicht einfach nur die Täter und die Opfer. Sondern die sind in kommunistischen Regimen ungleich viel verstrickter miteinander gewesen, und sind es ja heute noch, als das in den faschistischen Regimes, wo es immer um die Ausgrenzung ging, der Fall war. Die, die der Terror getroffen hat, das waren die, die herausdividiert waren. Und die waren auch irgendwie markiert. Die Juden waren mitten in der deutschen Gesellschaft. Man hat auch keine Schädel vermessen, das stimmt überhaupt nicht. Man hat einfach Taufbücher angeschaut, und Standesamtsregister. Und dann wurden sie herausdividiert aus der Gesellschaft. Und ansonsten waren es die Unterworfenen, die Fremden. Und diesen totalitären Terror konnte man einfach beschreiten, und man konnte ihn dann auch aus sich selbst herausstun. Wir sind die guten Deutschen, wir haben das aus uns herausgetan, weil das auch viel einfacher war.

In der russischen Gesellschaft, in der chinesischen Gesellschaft, steckt der Terror als Erfahrung in allen Familien. Und in dem Buch *Die Flüsterer* von Orlando Figes geht es um die Nachfahren der Opfer des stalinistischen Terrors. Und die waren nicht im Modus der Opposition. Es kommt zu Paradoxien. Die Eltern haben gesagt: „Sagt euch von uns los. Lebt euer Leben“. Und dann haben die das gemacht. Sie waren stigmatisiert. Und dann haben sie eine 150-prozentige Anstrengung erbracht, um in die Partei zu kommen, die ihre Eltern vernichtet hat, und treue Parteigenossen zu sein.

Ich behaupte mal: ein großes Aufgebot der späteren Kommunistischen Partei bestand aus Kindern der Repressierten. Die waren besonders eifrig ...

Christian Teichmann: Gorbatschow zum Beispiel.

Gerd Koenen: Ja, Gorbatschow ist der Charaktertypus dafür. Die waren besonders loyal. Sie haben völlig Recht mit Ihrer Skepsis gegen das rein Ideologische, also: die Matrix, und das bindet zusammen. Gorbatschow war eben Kommunist ... Da sind wir im Bereich einer Sozialpsychologie. In so etwas müssen wir uns dem nähern. Insofern ist eben totalitäre Herrschaft nicht einfach ein Machtprinzip, sondern etwas, was bestimmte Gesellschaften leichter und andere schwerer ermöglichen. Also es ist eine Frage der Ohnmacht von Gesellschaften sich selbst zu organisieren. Und dann schafft es auch, wenn es sich etabliert hat, Bindungen, die sehr, sehr zäh sind, und von denen es sehr, sehr schwer ist, sich zu lösen.

Anatoli Mikhailov: Ganz kurz noch eine Bemerkung. Wie ich schon angedeutet habe, war die Politik des Westens Belarus gegenüber im Wesentlichen erfolglos. Andererseits, im Lande selbst wurde nach vielen Jahrzehnten alle Kreativität und Entscheidungsbereitschaft grundlegend ruiniert. Die autoritäre Gesellschaft übernimmt die Verantwortung des einzelnen Menschen. Es geht um eine Paralyse der menschlichen Energie, die ohnehin manchmal kaum vorhanden ist. Und das ist einfach ein kranker Organismus. Ohne eine Spritze, eine Operation oder Behandlung ... eine Akupunktur ist notwendig, um dann irgendwie Genesung zu generieren.

Antonia Grunenberg: Unser Thema heute lautet: „Gesichter des Totalitären“. Wir haben versucht uns von verschiedenen Seiten aus sich dem Problem zu nähern, wie das Verstehen jenseits der rein wissenschaftlichen Definition sich entwickelt hat, und wie es sich historisch verändert hat.

Meines Erachtens kann die Analyse des Totalitären nicht mehr von einem Standpunkt aus betrieben werden, in dem dieses „Totalitäre“ als „das große Andere“ zur liberalen Demokratie gesehen wird. Dieses „Andere“ findet in fremden Ländern statt.

Doch nun *scheint* es so, als ob es in westlichen Gesellschaften eine Fähigkeit zur „Selbstverohnmächtigung“ geben würde, und eine Sehnsucht danach, das komplizierte Regelwerk der demokratischen Selbstverwaltung aufzugeben. Die ganze populistische Propaganda baut darauf auf, dass dies möglich ist. Ich hoffe, dass ich jetzt nicht eine sozialpsychologische Banalisierungswelle hier lostrete. Aber das scheint mir eines der neuen Elemente zu sein, dass wir nicht von dem Totalitären als „dem Anderen“, ausgehen können, was erstens anderswo stattfindet, und was zweitens, wenn es Eingang bei uns findet, irgendwie unterdrückt werden muss und kann. Es scheint, als ob es auch in westlichen Gesellschaften „totalitäre Sehnsüchte“ gibt.

Und mir scheint, dass auch deshalb Phänomene wie die russische Troll-Industrie einen relativen Widerhall hier haben, weil es sich trifft mit Tendenzen der Infragestellung dessen, was diese Demokratien hier erreicht haben.

Christian Teichmann: Das würde ich anders sehen: Das Totalitäre ist das Andere. Und wenn es auftaucht, dann ist es das, was man aktiv versuchen muss wieder aus der Welt zu schaffen. Natürlich ist es auf der anderen Seite so, dass die persönlichen Erfahrungen, die Familiengeschichten und Erinnerungsbilder, von denen wir gesprochen haben, vorhanden und nicht aus der Welt zu schaffen sind. Das ist keine banale Sozialpsychologie. Politische Einstellungen werden in Familien vererbt. Das geht von einer Generation in die nächste. Man kann das zum Beispiel in Polen gut sehen, wo eine sehr starke nationalistische, antisemitische und antidemokratische Tendenz, die es lange vor dem Zweiten Weltkrieg gab, immer wieder aufleben kann, eine Formation in der Gesellschaft, die vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft gut überstanden hat, während der sie eine ganz eigenartige, integrative Rolle für die „Volksrepublik“ gespielt hat.

Das Totalitäre ist insofern irgendwie immer anwesend. Aber ich glaube auch und würde Herrn Koenen hier absolut zustimmen, dass wir die demokratische Ordnung, so wie wir sie seit Mitte der 1960er-Jahre hier ungefähr kennen, also in der alten Bundesrepublik und Frankreich, dass die demokratische Ordnung tatsächlich dieses seltene Gut ist, diese absolute Ausnahmerecheinung, ist, die wir an ganz wenigen Stellen auf der Welt finden. Deshalb müssen wir das Totalitäre immer als das Andere sehen – weil wir es in uns haben und weil wir die Familiengeschichten der totalitären Erfahrung haben, ob nun als Kinder oder Enkel von Wehrmachtsoldaten oder in irgendeiner anderen Form.

Was ich aber auch sehe – gerade weil wir diese seltene Erfahrung der Demokratie und der demokratisch verfassten Gesellschaft mit komplizierten Diskussionsprozessen haben – ist ein entscheidender Punkt, gerade, wenn sich nun wieder eine populistische Welle auftut, mit der man umgehen muss: Das Neue an unserer Lage ist, und man kann das derzeit besonders gut erkennen, dass sich die demokratischen Systeme in Westeuropa stark auf den Wohlfahrtsstaat und auf den Sozialstaat gestützt haben, und dass dieser Sozialstaat gerade verloren geht. Die Herausforderung für das politische System besteht nicht darin, jetzt populistische Parteien zu isolieren oder zu inkludieren – das kommt, glaube ich, auf die Partei an, die man vertritt –, das Problem das wir haben – und das ist tatsächlich neu – ist das Ende des Wirtschaftswachstums und wie wir mit diesem Ende umgehen werden. Die Demokratien in Westeuropa haben nur funktioniert, weil sie als Wachstumsgesellschaften entstanden sind. Und diese Wachstumsgesellschaften gehen zu Ende. Sie haben sich erschöpft. Wenn es um die Frage geht, ob das Totalitäre das absolut Andere ist oder ob man es als Zeichen einer demokratischen „Selbstverohnmächtigung“ verstehen muss, dann ist das meiner Meinung nach der Punkt, auf den wir viel zu wenig achten.

Antonia Grunenberg: Es spricht genauso viel dafür, dass es sich um eine Phase der Intensivierung der Arbeit handelt, und dass sozusagen das traditionelle Wohlfahrtsstaatsmodell abgelöst werden muss durch ein neues, was möglicherweise darin besteht, dass – um es zynisch zu formulieren – ein Viertel der westlichen Gesellschaften das restliche Dreiviertel mit Hilfe des Staates irgendwie ernähren und ruhig halten muss. Doch sicher kann man sagen, dass eine Erzählung des Wohlfahrtsstaats zu Ende ist, aber da würde ich jetzt auch nicht in apokalyptische Stimmung verfallen ...

Christian Teichmann: Nein, mir geht es nicht um apokalyptische Aussichten. Es geht wirklich darum festzuhalten, dass die lange historische Linie dieser westlichen Nachkriegsdemokratien stattgefunden hat mit einem großen starken Wirtschaftswachstum im Rücken, und dieses Wirtschaftswachstum ist seit zehn, fünfzehn Jahren nicht mehr da.

Gerd Koenen: Nun gut, China hat seit zwanzig, fünfundzwanzig Jahren ein Wirtschaftswachstum, das alles in den Schatten stellt, was Europa je erlebt hat im 19. oder 20. Jahrhundert, und ist darüber nicht liberaler, sondern vom Regime her wieder autoritärer geworden.

Antonia Grunenberg: Eine kleine Rückblende zum Schluss. Vor 20 Jahren hatten wir mit François Furet einen französischen Preisträger, der ein bedeutender Historiker war und die These vertrat, die westlichen Demokratien würden ihre eigenen Feinde – die Freunde der totalen Herrschaft – selbst hervorbringen. Mit anderen Worten: in Demokratien würden auch diejenigen geschützt und gefördert, die die Demokratie hassen und sie zerstören wollen. Die bleibende Frage wäre dann, ob die liberalen Demokratien stark genug sind, um diesem Sog standzuhalten und sich zu regenerieren.

Ich denke, Fragen wie diese werden uns weiter begleiten.



Veranstalter

Hannah-Arendt-Preis für
politisches Denken e. V.
Heinrich Böll Stiftung Bremen
Heinrich Böll Stiftung Berlin
Senat der Freien Hansestadt Bremen
in Kooperation mit dem
Institut Français Bremen

Heinrich Böll Stiftung Bremen
Plantage 13
28215 Bremen
T 0421 - 35 23 68
boell-bremen@arcor.de

Alle Fotos © Wolfgang Weiss